

Berlin, den 17. August 1984

Persönliche Verschlusssache

- Verlegen -

ZK 02 Tgb.-Nr.

4321A
17.8.84

N i e d e r s c h r i f t

Über das Treffen zwischen Genossen Erich Honecker und
Genossen Konstantin Ustinowitsch Tschernenko am
17. August 1984

An dem Treffen im Krenl nahmen teil:

Seitens des ZK der KPdSU:

Genosse M. S. Gorbatschow, Mitglied des Politbüros und
Sekretür des ZK

Genosse D. F. Ustinow, Mitglied des Politbüros und
Verteidigungsminister der UdSSR

Genosse W. M. Tschebrikow, Kandidat des Politbüros,
Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit

Genosse K. V. Russakow, Sekretür des ZK

Genosse G. M. Kornijenko, Mitglied des ZK, 1. Stellvertreter
des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten

Genosse W. W. Scharapow, Berater des Generalsekretärs

Genosse A. I. Martynow, Sektorenleiter in der Abteilung
des ZK der KPdSU

Genosse A. H. Tarassow, Mitarbeiter des Sektors in der
Abteilung, als Dolmetscher

Seitens des ZK der SED:

Genosse Kurt Hager, Mitglied des Politbüros und Sekretär
des ZK der SED

Genosse Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär
des ZK der SED

Genosse Erich Mielke, Mitglied des Politbüros und Minister
für Staatssicherheit

Genosse Günter Sieber, Mitglied des ZK, Leiter der Abteilung
Internationale Verbindungen

Genosse Bruno Mahlow, Mitglied der ZRK, stellv. Leiter der
Abteilung Internationale Verbindungen, als Dolmetscher.

Nach der herzlichen Begrüßung hieß Genosse Tschernenko
Genossen Honecker und die anderen Genossen der SED willkommen
und ging davon aus, daß offensichtlich bei der Führung der
DDR das Bedürfnis entstand, in einigen wichtigen Fragen
unserer Beziehungen Klarheit zu schaffen. Dies entspreche
auch dem Wunsch der sowjetischen Parteiführung und den
Traditionen der ganzen Geschichte der Beziehungen zwischen
unseren Parteien.

Genosse Honecker übermittelte zunächst Genossen Tschernonko und den anderen Genossen der sowjetischen Parteiführung im Namen des Politbüros des ZK der SED herzliche Grüße.

Am Dienstag hat eine Sitzung des Politbüros des ZK der SED stattgefunden, auf der zu einigen Fragen Stellung genommen wurde, die sich aus einigen Veröffentlichungen in der "Prawda" und insbesondere aus Spekulationen und Bestrebungen im Westen ergeben, einen Keil in die Beziehungen zwischen unseren Parteien zu treiben.

Es ist ganz klar - und davon geht unsere Führung aus - daß nichts zugelassen werden darf, was einen Keil in die Beziehungen zwischen unseren Parteien treibt. In diesem Sinne sprach sich das Politbüro einmütig dafür aus, auch nicht einen Millimeter Spalt in unseren Beziehungen zuzulassen. Für die SED ist der Revanchismus und die Notwendigkeit seiner Entlarvung keine Frage. Im Kampf gegen den Revanchismus hat die SED stets standhafte Positionen eingenommen.

Genosse Honecker wies darauf hin, daß er aufgrund dieser Situation seinen Urlaub etwas verkürzte, um sich mit diesen Fragen zu befassen. Es sei ein Bedürfnis seitens unserer Führung, einen Uhrenvergleich durchzuführen. Es gehöre zu den Traditionen in den Beziehungen zwischen unseren Parteien, daß sie stets in den grundsätzlichen Fragen einheitliche Positionen vertreten haben.

Im Auftrag des Politbüros möchte er einige Ausführungen zu den aufgeworfenen Fragen machen.

Auf den Beratungen führender Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Prag und Moskau sowie beim Treffen der Außenminister in Budapest wurde eine einheitliche Linie bestimmt und übereinstimmend festgestellt, daß der Kampf um den Frieden die wichtigste Frage der Gegenwart ist. Die Dokumente, die auf diesen Tagungen einstimmig angenommen wurden, sowie die Deklaration des RGW vom 16. Juni 1984 über die Erhaltung des Friedens und die internationale ökonomische Zusammenarbeit haben nicht nur verbindlichen Charakter für die Außenpolitik der sozialistischen Länder, die diesen Beschlüssen ihre Zustimmung gaben. Sie sind, wie der Kampf gegen die Vorbereitung eines imperialistischen Krieges durch die USA und einige ihrer NATO-Verbündeten zeigt, ein gutes Programm in den Händen der kommunistischen und Arbeiterparteien sowie aller realistisch denkenden Menschen. Sie haben auch auf einflußreiche Politiker in kapitalistischen Staaten, darunter solchen, die der NATO angehören, ihren Einfluß nicht verfehlt. Insgesamt brachten sie die Anhänger des Konfrontationskurses der USA-Regierung in eine defensive Position. Ein Differenzierungsprozeß - und das ist sicherlich unsere übereinstimmende Meinung - ist nicht zu übersehen.

Die gemeinsamen Dokumente der Bruderparteien, einschließlich der Deklaration der Mitgliedsländer des RGW, enthalten entscheidende Initiativen von äußerster Aktualität. Die internationale Entwicklung stellt dies unter Beweis. Die Gefahren

für den Frieden sind gewachsen, gewachsen sind aber auch die Kräfte, die dem entgegenwirken. Sie gehen von der Möglichkeit aus, daß die Lage trotz der erhöhten Bedrohung durch die aggressivsten Kreise der USA und der NATO nicht unumkehrbar ist. Das fördert die Aktionen der breiten Friedens- und Antiraketenbewegung in der Welt.

Bei der Beratung der Sekretäre für internationale und ideologische Fragen in Prag wurde unseres Erachtens mit Recht festgestellt, daß es im Interesse der Friedenssicherung darauf ankommt, die prinzipielle Haltung der sozialistischen Bruderländer zu den Grundfragen der Gegenwart und ihren konsequenten Kampf für die Verringerung der Kriegsgefahr, für die Rückkehr zur Entspannung, für einen konstruktiven Dialog und zur Schaffung von Bedingungen für fruchtbare Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit umfassend zu erläutern. Dies wird durch die Erfahrungen der Bruderparteien, einschließlich unserer eigenen, erhärtet.

Bei der Entwicklung ihrer Aktivitäten in der Friedensfrage gingen und gehen das Zentralkomitee der SED und die Regierung der DDR davon aus, daß es die Ergebnisse der Mai-Tagung der NATO und der Londoner Konferenz der 7 führenden kapitalistischen Staaten dringend notwendig machen, den militaristischen Kurs der US-Administration, ihre Absage an einen konstruktiven Dialog mit den sozialistischen Staaten und ihre hartnäckigen Versuche zur Irreführung der Weltöffentlichkeit zu entlarven.

Um so größere Bedeutung erlangte der offensive Kurs der sozialistischen Staaten, die Position der friedlichen Koexistenz verstärkt zu propagieren und in der praktischen Politik anzuwenden.

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED, der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, der Präsident der Volkskammer der DDR, Minister und weitere leitende Vertreter unseres Staates haben in allen ihren Gesprächen mit Repräsentanten der kommunistischen und Arbeiterparteien, der Avantgardeparteien, der nationalen Befreiungsbewegungen, der nationaldemokratischen Parteien der dritten Welt, mit den Regierungschefs Kanadas, Schwedens, Griechenlands, Italiens, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens, Frankreichs, Österreichs, Finnlands, Spaniens, der Niederlande, Indiens, Syriens, Ägyptens, Nikaraguas, Mexikos, Maltas, den Parlamentspräsidenten aus zahlreichen Ländern der Welt unsere Position und die gemeinsamen programmatischen Dokumente erläutert. Sie haben eingehend dargelegt, daß das Friedensgerede der USA der Verschleierung ihrer wirklichen Absicht dient, die Politik der Konfrontation und des "Kreuzzuges" gegen den Sozialismus langfristig fortzusetzen, ihr Erstschlagpotential an Raketenkernwaffen in einigen Ländern Westeuropas, darunter der Bundesrepublik Deutschland, aufzustocken und ihre Kriegsvorbereitungen in Asien, im pazifischen Raum, ihre Interventionshandlungen in Mittelamerika, im Nahen und Mittleren Osten sowie im Süden Afrikas zu aktivieren.

Dabei zogen wir, wie andere kommunistische Parteien und sozialistische Bruderländer, in Betracht, daß es die USA faktisch ablehnen, das Prinzip der militärischen Parität und der gleichen Sicherheit anzuerkennen. Stattdessen streben sie nach militärischer Überlegenheit und beginnen eine neue, äußerst gefährliche Runde des Wettrüstens, die vor allem mit der Militarisierung des Weltraums und der Schaffung von Raketen- und Satellitenabwehrsystemen verbunden ist. Hierbei spielte und spielt eine Rolle, daß es gerade die USA sind, die vor 40 Jahren in Hiroshima und Nagasaki die Atomwaffe eingesetzt haben und auch heute auf ihren Einsatz nicht verzichten, obwohl seitens der Sowjetunion bereits eine solche Verzichtserklärung vorliegt.

Besondere Bedeutung kommt u. E. der neuen Initiative der UdSSR für Verhandlungen über die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums zu. Diese Vorschläge wurden von den Ministerpräsidenten Schwedens, Griechenlands und in gewissem Sinne auch Italiens bei ihren Besuchen in der DDR und in Erklärungen danach begrüßt. Sie stellten die Frage, wie man die USA zu einer solchen Vereinbarung mit der Sowjetunion bewegen könne. Auch der Vorschlag, zwischen den Teilnehmerländern des Warschauer Paktes und der NATO einen Vertrag über den Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen, findet ein großes Echo. Entsprechend den Beschlüssen unseres Zentralkomitees und unserer Regierung kommt es darauf an, in diesen und anderen Fragen die Aktivitäten weiter zu verstärken, um den Kampf für die Verhinderung eines atomaren Infernos mit Erfolg zu führen.

Fest entschlossen, das militärstrategische Gleichgewicht als wesentliche Voraussetzung der Friedenssicherung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, hat die DDR aufgrund der Vereinbarung mit der UdSSR nach dem Stationierungsbeginn der NATO die notwendigen Gegenmaßnahmen getroffen. Es wurden auf ihrem Territorium operativ-taktische Raketen größerer Reichweite stationiert, Diese Maßnahme fand, ebenso wie die erforderlich gewordene Stationierung einer zusätzlichen Anzahl von Raketenkomplexen dieser Art, die volle Zustimmung und Unterstützung der Bevölkerung der DDR.

Vielleicht ist es mir gestattet, im Zusammenhang mit den Gegenmaßnahmen darüber zu informieren, daß uns gestern gemeldet wurde, daß die Arbeiten an den Sonderobjekten Kaserne Straletz Ost und der Kaserne Waren abgeschlossen sind.

(Genosse Ustinow: Sehr gut)

Sie wird als die entscheidende Antwort auf die Stationierung der USA-Atomraketen in der BRD und weiteren westeuropäischen NATO-Ländern aufgefaßt, um die historische Errungenschaft des annähernden militärstrategischen Gleichgewichts zu erhalten und damit wirksam zur Sicherung des Friedens beizutragen.

Auch wurde der von der Reagan-Administration betriebene Mißbrauch der Olympischen Spiele in Los Angeles und die damit verbundene Verletzung der olympischen Regeln von der DDR nach der Entscheidung der UdSSR unverzüglich mit der Absage der Teilnahme von DDR-Sportlern beantwortet. Hierbei zeigte sich das hohe Bewußtsein der Bürger unseres Landes, die diesen Beschluß

verstehen und voll unterstützen. Der Verlauf der Olympiade selbst hat inzwischen die Richtigkeit der Entscheidung bestätigt.

Von großer Bedeutung ist selbstverständlich unser Beitrag zur Verbreiterung der Front der Kräfte in der Welt, die sich gegen die Gefahr eines Nuklearkrieges wenden. Es gilt, ihre Aktivität und Wirksamkeit zu erhöhen, sie zu ermutigen sowie allen Versuchen entgegenzuwirken, sie zu desorientieren und zu schwächen. Für die SED und die DDR trifft dies besonders auf die Entwicklung der entsprechenden Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) zu, eine Aktivität, die wir gemäß unseren Bedingungen gemeinsam mit der SEW und DKP entfalten. Der Friedensbewegung in den westlichen Ländern gilt es ständig den abgestimmten außenpolitischen Kurs der sozialistischen Staaten anhand ihrer Vorschläge von Prag und Moskau und die besonders bedeutsamen Initiativen der UdSSR in überzeugender Weise zu erläutern. Vor allem geht es um die breite Einbeziehung der Gewerkschaften, und durch sie ist klar zum Ausdruck zu bringen, daß der Kampf gegen die Kriegsgefahr mit dem Kampf gegen die Versuche der Reaktion zu verbinden ist, die Werktätigen um die von ihnen errungenen sozialen Fortschritte zu bringen. Die Losungen "Arbeit statt Raketen" und "Weg mit den Raketen, her mit den Moneten" erweisen sich hierbei als sehr wirksam. In diesem Zusammenhang erklärte der Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes von Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, im April 1984, er fühle sich durch den Brief des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR an ihn in seinem eigenen

Bemühen bestärkt, für Schritte zu kämpfen, die den Frieden festigen, und die internationalen Beziehungen wieder berechenbar zu machen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß gerade in Rheinland-Pfalz ein besonders großes Kontingent amerikanischer Truppen stationiert ist.

Umfassend wirken wir all die Jahre den Versuchen der Rechtskräfte im Westen, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, entgegen, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung in Frage zu stellen, und entlarven wir die revanchistischen Tendenzen. Das betrifft die offen auftretenden Ultras und ihre Gefolgsleute, die in allen politischen Lagern der staatstragenden Kräfte der BRD zu finden sind. Unsere Partei und Regierung messen seit langem gerade dieser Frage ein großes Gewicht zu, weil die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung von entscheidender Bedeutung für die Lösung der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart, die Sicherung des Weltfriedens, sind. Der Kampf für die erfolgreiche Entwicklung der DDR war stets ein Kampf zur Zurückdrängung des Revanchismus. Dabei wurde und wird die SED von den mit ihr verbündeten Parteien und den Massenorganisationen wie dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (9 Millionen Mitglieder), der Freien Deutschen Jugend (2,3 Millionen Mitglieder), dem Friedensrat der DDR, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (über 6 Millionen Mitglieder), der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (über 440 000 Mitglieder), dem Kulturbund (über 250 000 Mitglieder), den

Künstlervereinigungen (10 780 Mitglieder), dem Deutschen Turn- und Sportbund (über 3,4 Millionen Mitglieder), dem Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (1,2 Millionen Mitglieder) tatkräftig unterstützt. Und schon gar nicht reden wir von der NVA, unseren Organen der Staatssicherheit, den Organen des MfS und den 200 000 Mitgliedern unserer Kampfgruppen.

Unmittelbar nach der Amtsübernahme der CDU/CSU-FDP-Koalition in Bonn wurde in einer Stellungnahme des Zentralorgans der SED, "Neues Deutschland", zur ersten Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl festgestellt, daß für den Fortgang der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD die Einhaltung der Grundsätze der Souveränität, der Gleichheit und der Gleichberechtigung beider Staaten wie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten maßgeblich ist. Großdeutsche Reden und Sprüche hingegen, so wurde betont, befinden sich im Widerspruch zur Realität und zu den Festlegungen des europäischen Vertragswerkes, insbesondere des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und der BRD sowie der Schlußakte von Helsinki als Ganzes.

Ebenso klar hat unsere Partei die revanchistischen Anmaßungen zurückgewiesen, die in einer Entschloßung des Bundestages vom 9. Februar 1964 enthalten sind, der in süßer Eintracht sowohl die CDU/CSU und die FDP als auch die SPD zugestimmt hatten.

um die durch den Beginn der Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen der USA in Westeuropa, vor allem aber in der Bundesrepublik Deutschland, veränderte Lage wieder zum Besseren zu wenden. Es bedeutet für uns, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem sich die Zusammenarbeit zwischen den Staaten zum Wohle der Völker entwickeln kann.

Ich verhehle nicht, daß ich Ihrer Bewertung der Situation nicht folgen kann. Die durch keinerlei Rechtfertigung, auch nicht durch eine angebliche sowjetische Vorrüstung zu begründende Stationierung der nuklearen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa verschärft und kompliziert die internationale Lage wesentlich, erhöht die Gefahr eines nuklearen Krieges und schafft eine der schwersten Belastungsproben der Nachkriegszeit. Sie muß zwangsläufig die Spirale des atomaren Wettrüstens neu andrehen. Es wird also, wenn die Stationierungspläne weiter verwirklicht werden, gerade das Gegenteil dessen eintreten, was Sie unter dem Motto 'Frieden schaffen mit weniger Waffen' wiederholt als Ziel der Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt haben.

Die Stationierung der amerikanischen Nuklearraketen fügt dem europäischen Vertragswerk - einschließlich des Grundlagenvertrages - das in den 70er Jahren unter großen Anstrengungen und mit gutem Willen aller Beteiligten geschaffen wurde und das ihnen in Ost wie West bedeutsame Vorteile gebracht hat, ernststen Schaden zu. Bekanntlich wird die Sicherung des Friedens

in den Verträgen zum Kernanliegen erklärt. Als besonders alarmierend empfinden wir die Tatsache, daß nun seit dem zweiten Weltkrieg erstmals wieder die Gefahr eines Krieges von deutschem Boden, nämlich vom Boden der Bundesrepublik Deutschland, ausgeht, obwohl sich die verantwortlichen Politiker beider deutscher Staaten seit langem einig waren, daß dies nie mehr der Fall sein darf.

Niemand bedroht Westeuropa und die Bundesrepublik Deutschland. Die Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa vermindert die Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bürger. Mit ihrer Zustimmung zur Stationierung hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine schwerwiegende Verantwortung übernommen. Das bislang bestehende annähernde militär-strategische Gleichgewicht war eine entscheidende Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens. Der Versuch seiner Veränderung kann nur zu einer instabilen Entwicklung führen. Europa darf nicht zur Geißel einer Politik werden, die unter der Losung eines 'Kreuzzuges gegen das Böse' letztlich sogar bereit ist, jene Grenzen zu überschreiten, nach denen es im Nuklearzeitalter kein Zurück mehr gibt. Jeder verantwortungsbewußte Politiker sollte davor haltmachen.

Die Deutsche Demokratische Republik hat in den letzten Monaten viel getan, um einen verhängnisvollen Lauf der Dinge zu verhindern und beruhigend auf die Lage einzuwirken. Sie hat dabei dem Dialog mit den verantwortlichen politischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland große Bedeutung beigemessen. Durch wichtige Aktivitäten in den bilateralen Beziehungen hat sie ihren guten Willen demonstriert und deutlich gemacht, daß sie es ernst mit ihrer Friedenspflicht meint, daß sie für den Frieden und die Sicherheit auf unserem Kontinent dem Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten hohes Gewicht beimißt. Die Sowjetunion, die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Staaten haben immer wieder vor den Folgen der Raketenstationierung gewarnt. Niemand kann also überrascht darüber sein, wenn jetzt die notwendigen Schlußfolgerungen auf unserer Seite gezogen werden.

Die Regierung der USA trägt durch ihre allein auf militärische Überlegenheit ausgerichtete destruktive Haltung die Verantwortung dafür, daß den Verhandlungen in Genf die Grundlage entzogen wurde. Unverrückbares Grundprinzip jeder Regelung kann nur die strikte Beachtung der Gleichheit und gleichen Sicherheit aller Beteiligten sein.

Ich habe Ihnen bereits telefonisch gesagt und möchte es nochmals bekräftigen, daß die Deutsche Demokratische Republik ihren Bündnisverpflichtungen im Warschauer Vertrag konsequent

nachkommen wird, um ihren Beitrag zur Wahrung des militärstrategischen Gleichgewichts zu leisten. Die notwendigen Gegenmaßnahmen werden sich dabei strikt in dem Rahmen bewegen, der durch das Vorgehen der USA und der NATO erforderlich wird. Wir haben eine solche Entwicklung nicht angestrebt.

Die Deutsche Demokratische Republik ist der Meinung, daß nun alles getan werden muß, um die Anstrengungen zur Abwendung eines nuklearen Weltkrieges, zur Beendigung des Wettrüstens zu erhöhen. Als wichtigste Schritte erachten wir den Stopp der weiteren Raketenstationierung und den Abbau der bereits bestehenden Systeme. Eine Rückkehr zur Situation, wie sie vor Beginn der Raketenstationierung bestand, würde die Tür für Verhandlungen öffnen. Eine Ablehnung dieses Vorschlages und die weitere Stationierung amerikanischer Erstschlagwaffen in der Bundesrepublik Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten müßte die neue Runde des Wettrüstens bedeutend ankurbeln. Der Stopp des Wettrüstens ist jedoch gegenwärtig die wichtigste Aufgabe.

Der Abschluß eines Vertrages über den Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen NATO und Warschauer Vertrag erlangt erhöhte Bedeutung. Auch solche Maßnahmen wie das Einfrieren aller nuklearen Rüstungen, der vertraglich vereinbarte Verzicht auf die Erstanwendung von Kernwaffen, das Verbot der chemischen

und bakteriologischen Waffen, das Verbot der Militarisierung des Weltraumes wären geeignete Schritte, um Abrüstung und Entspannung zu fördern und das Vertrauen zwischen den Staaten zu festigen.

Ich teile Ihre Einschätzung, Herr Bundeskanzler, zur Bedeutung der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa. Sie sollte von allen Beteiligten aktiv genutzt werden, um die militärische Konfrontation zu verringern.

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik hat während der Eröffnungsphase der Konferenz essentielle und inhaltsreiche Vorschläge gemacht und dabei auch die Aktualität des schwedischen Vorschlages über die Schaffung einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Mitteleuropa unterstrichen. Sie könnte ein hoffnungsvoller Schritt auf dem Wege zu einem kernwaffenfreien Europa sein.

Die Verschärfung der internationalen Lage gebietet, das Streben nach friedlicher Koexistenz zu verstärken. Es gibt dazu keine vernünftige Alternative. Es ist besser, zehnmal zu verhandeln als einmal zu schießen. Ich glaube, wir stimmen überein, daß die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland für die

europäische Sicherheit und das internationale Klima großes Gewicht haben. Beide deutsche Staaten können durch die Gestaltung ihrer Beziehungen wohltuend auf das Klima in Europa einwirken, aber auch die internationalen Spannungen erhöhen. Das bestehende Vertragssystem ist und bleibt die Grundlage für die Entwicklung friedlicher Beziehungen. Die Deutsche Demokratische Republik ist bestrebt, den durch die Raketenstationierung entstandenen Schaden möglichst zu begrenzen.

In Ihrem Schreiben bekennen Sie sich ebenfalls zu den bewährten vertraglichen Grundlagen der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Das Wichtigste dabei ist der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen. In diesem Zusammenhang verweise ich insbesondere auf einen Kerngedanken des Vertrages, wonach sich beide Seiten verpflichten, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten zu respektieren. Die Deutsche Demokratische Republik erwartet, daß diese Bestimmung beiderseits strikt eingehalten wird. Dann bestehen auch jetzt noch Möglichkeiten einer nützlichen Entwicklung der Beziehungen, wenn gleich die Chancen dafür ohne die amerikanischen Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland wesentlich besser wären. Es geht darum, trotz der angespannten Lage das Erreichte zu bewahren und wenn möglich auszubauen, das betrifft nicht zuletzt auch die ökonomischen Beziehungen.

Ich verhehle nicht, daß für die Deutsche Demokratische Republik wichtige Fragen in den Beziehungen offen sind. Sie sind Ihnen wohlbekannt. Dazu gehören die Regelung der Elbgränze, die uneingeschränkte Respektierung der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik, die Beendigung der gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichteten Tätigkeit der 'Erfassungsstelle' Salzgitter, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften.

Was die Entsendung von Beauftragten betrifft, so könnte man zu gegebener Zeit darauf zurückkommen.

Die Deutsche Demokratische Republik wird auch künftig den Dialog mit den politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland fortsetzen und mit allen zusammenarbeiten, die den Realitäten Rechnung tragen und sich von Vernunft und gutem Willen leiten lassen." Soweit der Text dieses Briefes, dessen Inhalt unseres Erachtens weiter aktuell ist.

Auch in unseren Beziehungen gegenüber der BRD war und ist die Friedenssicherung vorrangiges Gebot. Dabei stellen wir wie in den zurückliegenden Jahren auch gegenwärtig die Widersprüchlichkeit der Situation in Rechnung, mit der wir es in bezug auf die BRD zu tun haben.

Auf der 7. Tagung des ZK der SED, der Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz der SED sowie den SED-Delegiertenkonferenzen aller Bezirke der DDR wurde mit aller Klarheit dargelegt, daß die gegenwärtige Regierung der BRD mit ihrer Zustimmung zur Stationierung der neuen USA-Raketen-Kernwaffen auf dem Territorium der BRD Schuld und schwere Verantwortung auf sich geladen hat, von der sie niemand freispricht. Dabei übersehen wir nicht, daß auch diese Regierung mit der Zustimmung der Bevölkerung der BRD rechnen muß, die sich in ihrer großen Mehrheit gegen die Stationierung der neuen USA-Raketen wendet und für friedliche Beziehungen zu den sozialistischen Ländern ist. Die Friedensbewegung in der BRD ist keineswegs erlahmt. Sie setzt ihren Kampf aktiv fort. Sie muß von allen politischen Kräften der BRD, auch von der Regierung, in Rechnung gestellt werden. Es gibt unsererseits allen Anlaß, durch ein offensives, vorwärtsweisendes Auftreten diesen Kampf zu ermutigen. Dazu gehört das von der Sowjetunion und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft unterbreitete Angebot, daß bei einem Stopp und der Rückgängigmachung der Stationierung im Westen auch unsere Gegenmaßnahmen entfallen würden.

Es ist erkennbar, daß die vom konservativen Lager getragene Regierung Kohl/Genscher einen noch stärker auf die USA ausgerichteten Kurs steuert, als das die Regierung Schmidt/Genscher mit der Initiierung und Vertretung des sogenannten NATO-

Doppelbeschlüssen vor ihr schon getan hat. Die imperialistischen Kreise der BRD fördern die Stationierung der USA-Raketen, weil sie damit spekulieren, von einer Position militärischer Überlegenheit die sozialistischen Staaten politisch zu erpressen. Es besteht die Gefahr, daß die BRD mit diesem Ziel auch den Beschluß der Westeuropäischen Union über die Aufhebung der Beschränkung zur Produktion von Bombenflugzeugen strategischer Bestimmung sowie Raketen größerer Reichweite nutzt.

Zugleich aber sieht sich die Regierung zu der Erklärung gezwungen, sie wolle in der Vertragspolitik gegenüber den sozialistischen Staaten Kontinuität wahren. Sie sieht sich vor die Notwendigkeit gestellt, die abgeschlossenen Verträge im wesentlichen einzuhalten. Offenkundig haben wir es hier sowohl mit der Wirkung der gemeinsamen Friedenspolitik der sozialistischen Länder als auch mit dem Ausdruck handfester politischer und ökonomischer Interessen bedeutender Kreise des Monopolkapitals der BRD zu tun.

Nachdem von der bis 1982 im Amte befindlichen SPD/FDP-Regierung unter Bundeskanzler Schmidt der NATO-Doppelbeschluß und die Vorbereitung der Raketenstationierung energisch betrieben worden waren, hat sich nunmehr, vor allem unter dem Einfluß der Friedenspolitik der sozialistischen Länder, der Zusammenarbeit mit den Gegnern der Raketenstationierung in der SPD sowie unter dem Druck der Friedensbewegung, den Ergebnissen bei Wahlen und bevorstehenden Wahlentscheidungen in der Haltung

der Sozialdemokratie der BRD eine Änderung vollzogen. Das gleiche trifft auch auf den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) der BRD zu, dessen Vorstand vor kurzem mit einer Erklärung gegen die Stationierung amerikanischer Raketen aufgetreten ist. Die Raketenstationierung wird abgelehnt, und eine Reihe Vorschläge des Warschauer Paktes finden Unterstützung. Dabei stellt die SPD die Zugehörigkeit der BRD zur NATO nicht in Frage, und die Anhänger einer engeren Ausrichtung auf die USA-Politik in dieser Partei versuchen, sich stärker durchzusetzen.

Wir haben, wie andere Bruderparteien auch, diese veränderte Situation zum Anlaß genommen, um unsere Kontakte zur SPD auf allen Ebenen beträchtlich zu erweitern. Es fanden und finden eine Vielzahl von Diskussionen mit Repräsentanten der SPD statt, die vorrangig den Fragen des Kampfes für Frieden und Abrüstung gewidmet sind.

Es ist unser Ziel, auch weiterhin alle jene zu ermutigen, die sich der Verwandlung der Bundesrepublik in eine atomare Abschußrampe der USA widersetzen. Wir werden mit allen den Dialog führen, bei denen die Aussicht besteht, trotz vorhandener Meinungsunterschiede zu einer gemeinsamen Position der Vernunft zu gelangen und dem USA-Konfrontationskurs entgegenzuwirken.

Die Verstärkung der Kriegsvorbereitungen der NATO ist der Aktivierung der extrem rechten, revanchistischen Kreise in

der BRD förderlich, wie in der Mitteilung über das Gespräch zwischen Konstantin Tschornenko und Erich Honecker am 14. Juni 1984 in Moskau festgestellt wurde. (Genosse Tschornenko: Ja, das stimmt): Erich Honecker erklärte zu dieser revanchistischen und nationalistischen Hetze am 7. Mai 1984 in der Zeitschrift "West-Ost-Journal" Wien: "An der Verschärfung der Situation können in der BRD nur die Ultras interessiert sein, sonst niemand. Wir übersehen nicht, daß es dort einflußreiche Kräfte gibt, denen eine positive Entwicklung in Richtung auf Stopp des Wettrüstens, friedliche Zusammenarbeit und berechenbare internationale Beziehungen widerstrebt. Offenbar betrachten sie die weltpolitischen Spannungen als eine Art Aufwind, in dem sie segeln können, um die revanchistische Stimmungsmache wiederzubeleben. Davon zeugt das Gerede vom 'Fortbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937', zeugen die völlig aussichtslosen Spekulationen, auf Kosten der Souveränität der DDR Vorteile für sich zu erreichen. Das ist sowieso eine Rechnung ohne den Wirt."

Die Ultras in der BRD blasen immer wieder in die verrostete Trompete des Revanchismus. Dieser ist bekanntlich der Bundesrepublik schon bei ihrer Gründung in die Wiege gelegt worden. Die Bildung der BRD war Ausdruck der grundlegenden Zielsetzung des Imperialismus, die Ergebnisse des Sieges der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus im zweiten Weltkrieg sowie die Ergebnisse der Nachkriegsentwicklung zu seinen Gunsten zu

der BRD förderlich, wie in der Mitteilung über das Gespräch zwischen Konstantin Tschernenko und Erich Honecker am 14. Juni 1984 in Moskau festgestellt wurde. (Genosse Tschernenko: Ja, das stimmt). Erich Honecker erklärte zu dieser revanchistischen und nationalistischen Hetze am 7. Mai 1984 in der Zeitschrift "West-Ost-Journal" Wien: "An der Verschärfung der Situation können in der BRD nur die Ultras interessiert sein, sonst niemand. Wir überschauen nicht, daß es dort einflußreiche Kräfte gibt, denen eine positive Entwicklung in Richtung auf Stopp des Wettrennens, friedliche Zusammenarbeit und berechenbare internationale Beziehungen widerstrebt. Offenbar betrachten sie die weltpolitischen Spannungen als eine Art Aufwind, in dem sie segeln können, um die revanchistische Stimmungsmache wiederzubeleben. Davon zeugt das Gerede vom 'Fortbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937', zeugen die völlig aussichtslosen Spekulationen, auf Kosten der Souveränität der DDR Vorteile für sich zu erreichen. Das ist sowieso eine Rechnung ohne den Wirt."

Die Ultras in der BRD blasen immer wieder in die verrostete Trompete des Revanchismus. Dieser ist bekanntlich der Bundesrepublik schon bei ihrer Gründung in die Wiege gelegt worden. Die Bildung der BRD war Ausdruck der grundlegenden Zielsetzung des Imperialismus, die Ergebnisse des Sieges der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus im zweiten Weltkrieg sowie die Ergebnisse der Nachkriegsentwicklung zu seinen Gunsten zu

revidieren. Das widerspiegelt sich im Grundgesetz, in der Verfassung der BRD, in der revanchistischen These vom "Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937", wozu außer der DDR auch Gebiete Polens, der CSSR und der Sowjetunion gehören, und der angeblich offenen "deutschen Frage" sowie in den Briefen des Außenministers der BRD zur "Deutschen Einheit" beim Abschluß der Verträge von Moskau, Warschau und Berlin.

Die entscheidende historische Niederlage, die dem Revanchismus beigebracht wurde, war die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vor 35 Jahren und ihre erfolgreiche Entwicklung als sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern im festen Bündnis mit der Sowjetunion und fest verankert in der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten. Der Sozialismus in der DDR ist unwiderruflich. Eine Vereinigung von Sozialismus und Kapitalismus ist ebenso unmöglich wie die Vereinigung von Feuer und Wasser. Das ist die Position der SED und der Regierung der DDR. Das wissen auch unsere Bürger sehr gut. Und gerade aus dieser Grundüberzeugung erwächst ihre Leistungsbereitschaft zur Stärkung der DDR und unserer gesamten sozialistischen Gemeinschaft und ihrer Verteidigungsbereitschaft. Sie wissen zugleich aus eigener 35jähriger Erfahrung, daß der Kampf gegen den Revanchismus um so erfolgreicher geführt wird, wenn er gleichzeitig notwendigerweise damit verbunden ist, alle friedliebenden Kräfte zu formieren, um die gegenwärtige gefährliche Lage umzukehren und zur Entspannung zurückzukehren.

Eine große Rolle spielt dabei die Deutsche Demokratische Republik, die als stabiler sozialistischer Staat, als ein Eckpfeiler des Friedens in Europa für alle Zeiten mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft verbunden ist.

Für die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten ist der Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD verbindlich, obwohl mit demselben noch nicht alle Fragen, die sich für die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ergeben, geklärt werden konnten. Das Ziel unserer Aktivitäten ist es, die BRD nicht aus den Verpflichtungen zu entlassen, die sie mit ihrer Unterschrift unter die Verträge mit den sozialistischen Ländern eingegangen ist. In diesem Sinne gestalten wir die bilateralen Beziehungen. Dazu dient auch der Dialog mit Politikern sowie die verstärkte Entwicklung der Beziehungen zu wichtigen gesellschaftlichen Kräften in der BRD wie der SPD, den Gewerkschaften, den Jugendorganisationen, Gruppen der Friedensbewegung usw.

Bei all unseren Aktivitäten bekräftigen wir die Bereitschaft der DDR, trotz grundlegender unterschiedlicher Positionen in anderen Fragen im Ringen um die Sicherung des Überlebens der Menschheit, dieser entscheidenden Frage der Gegenwart, mit allen an der Erhaltung des Friedens interessierten politischen Kräften zusammenzuwirken. Dabei ließen wir uns stets davon leiten, daß der Hauptstoß gegen den Hauptfeind - gegen die

abenteuerliche Politik der Reagan-Administration zu richten ist. In diesem Sinne haben wir auf den Appell der Sozialistischen Internationale an die Staatsoberhäupter der Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki reagiert. In seinem Antwortschreiben an den Vorsitzenden der SPD und der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, sowie die Vorsitzenden der anderen Parteien der Sozialistischen Internationale bekräftigte Erich Honecker die konstruktiven Vorschläge der Staaten des Warschauer Vertrages und brachte erneut die Bereitschaft zum Ausdruck, den freimütigen Meinungsaustausch mit den in der Sozialistischen Internationale vertretenen Parteien weiterzuführen, um gemeinsam nach Möglichkeiten und Wegen zu suchen, die den Weltfrieden sichern helfen. Das Echo auf diesen Brief war positiv.

Ihre volle Unterstützung bekundet die DDR für den "gemeinsamen Friedensappell" der sechs Staats- und Regierungschefs nicht-paktgebundener Länder, von Ministerpräsident Indira Gandhi, Indien, Präsident Miguel de la Madrid, Mexiko, Präsident Julius Nyerere, Tansania, Ministerpräsident Andreas Papandreu, Griechenland, Präsident Raúl Alfonsín, Argentinien, Ministerpräsident Olof Palme, Schweden.

Ein Beweis dafür, daß der gemeinsame Kurs der sozialistischen Länder zur weiteren Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki auch in der gegenwärtigen Situation, da die USA die

Konfrontation in Europa mit allen Mitteln schützen, erfolgreich weitergeführt werden kann, waren Verlauf und Ergebnisse der multilateralen Konferenz der 31 europäischen Staaten zu Fragen des Umweltschutzes in München, die bekanntlich auf eine Initiative der UdSSR zurückgeht. Die Konferenz hat demonstriert, daß die Politik der Entspannung auf dem Gebiet des Umweltschutzes meßbare Ergebnisse gebracht hat, die dem Konfrontationskurs der US-Administration entgegenwirken. Gegen den Widerstand der USA gelang es, den Zusammenhang von Frieden, Sicherheit, Umweltschutz und internationaler Zusammenarbeit im Abschlußdokument zu verankern. Das findet seinen Ausdruck auch darin, daß in Kürze eine Delegation des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BEU), der eine große Kraft in der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland darstellt, der DDR entsprechend seiner Bitte einen offiziellen Besuch abstattet.

Heute müssen selbst Anhänger der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles erkennen, daß mehr Raketen nicht mehr Sicherheit bringen. Dies um so mehr, als die USA zur Militarisierung des Kosmos übergehen in der Spekulation, einen Atomkrieg bei relativ geringen eigenen Verlusten führ- und gewinnbar zu machen. Das jedoch würde den sicheren Selbstmord nicht nur für Westeuropa, sondern auch für die USA bedeuten, ja die Selbstvernichtung der Menschheit zur Folge haben. Dieses Erkenntnis ist das Motiv vieler politischer Kräfte unterschiedlicher weltanschaulicher Orientierung, die sich auf die

Position der von den sozialistischen Staaten vorgeschlagenen, einzig vernünftigen Alternative der Politik der friedlichen Koexistenz zubewegen oder sie bereits vertreten.

Der Kampf um die friedliche Koexistenz bedingt die Weiterführung unserer Politik eines aktiven Dialogs mit all den Kräften, die Vernunft und guten Willen zeigen, zur Erhaltung und Sicherung des Friedens beizutragen. Denn es gibt zur friedlichen Koexistenz ebensowenig eine vertretbare Alternative wie zum politischen Dialog. Deshalb erklärte Erich Honecker in seinem Interview mit der italienischen Zeitung "Il Messaggero" vom 9. Juli 1984: "Im Ost-West-Dialog sehen wir eine wertvolle Möglichkeit, zur Lösung der brennendsten Fragen beizutragen, vor denen die Menschheit steht. Am vorrangigsten ist die Sicherung des Weltfriedens. Davon lassen wir uns leiten, und in diesem Sinne sind wir an jedem nur denkbaren Fortschritt interessiert."

Ausgehend von der Erkenntnis, liebe Genossen, daß der Erfolg unserer Friedenspolitik auf wachsender Stärke des Sozialismus beruht, leisten die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die mit ihr in der Nationalen Front der DDR verbündeten Parteien und Massenorganisationen eine große politisch-ideologische Arbeit, um den Aufgaben gerecht zu werden, wie sie in der durch die Stationierung neuer USA-Erstschlagwaffen in Westeuropa, insbesondere in der BRD, entstandenen neuen Lage zum Ausdruck kommt. Im Mittelpunkt stehen dabei die weitere allseitige

Stärkung der DDR und die Erhöhung ihres Beitrages zur Sicherung des Friedens. Diese Politik findet, wie die Ergebnisse der Parteiwahlen zu Beginn dieses Jahres, die Kommunalwahlen am 6. Mai 1984, die Elternbeiratswahlen, die Arbeiterfestspiele mit ihren zwei Millionen Teilnehmern, das nationale Jugendfestival der FDJ mit 750 000 Teilnehmern, die internationalen Solidaritätsaktionen mit allen vom Imperialismus unterdrückten und verfolgten Völkern sowie die Gegenstationierung und die Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen in Los Angeles zeigen, die volle Zustimmung der Bürger der DDR, insbesondere unserer Jugend. Im Ergebnis ihrer 35jährigen erfolgreichen Entwicklung auf dem Wege des Sozialismus und insbesondere des seit dem VIII. Parteitag der SED eingeschlagenen Kurses der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde der Sozialismus in der DDR entscheidend gestärkt.

In der DDR besteht ein ausgewogenes Verhältnis von kontinuierlicher und hoher Dynamik geprägter Leistungs- und Effektivitätsentwicklung in der Volkswirtschaft und der schrittweisen Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes. Die auf der Grundlage gefestigter sozialistischer Produktionsverhältnisse (100 Prozent sozialistisches Eigentum in Industrie und Bauwesen, 94,9 Prozent in der Landwirtschaft), einer entwickelten materiell-technischen Basis in der Volkswirtschaft beruhende zielstrebige politische Leitung der ökonomischen Prozesse durch die Partei unter konsequenter Nutzung der Vorzüge der sozialistischen Planwirtschaft hat neue Leistungsreserven erschlossen.

Die Intensivierung wird umfassend gestaltet und durchdringt die gesamte Volkswirtschaft.

Das unbeirrbar und kontinuierlich über Jahrzehnte hinweg erfolgende enge Zusammenwirken auf allen Gebieten der wissenschaftlich-technischen und der ökonomischen Entwicklung mit der UdSSR und mit den anderen Ländern des RGW (38 Prozent des Außenhandelsumsatzes der DDR werden mit der UdSSR

(Genosse Gorbatschow: Es sind jetzt sogar schon 39 Prozent)

und 70 Prozent mit den sozialistischen Ländern insgesamt abgewickelt) ist untrennbar mit dem hohen Leistungsniveau der Volkswirtschaft der DDR verbunden. Selbstverständlich übersehen wir dabei auch nicht die Probleme in unserer Volkswirtschaft, die noch zu lösen sind. Die mit der ökonomischen Strategie der Partei verbundene konsequente Orientierung auf die Erschließung aller inneren Kraftquellen und Reserven in Einklang mit der weiteren Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration stärkt gleichzeitig, wie vom Zentralkomitee der SED festgelegt, die ökonomische Unangreifbarkeit der DDR gegenüber allen diesbezüglichen Bestrebungen des Imperialismus.

Wir können feststellen:

Auf der Grundlage des vom VIII. Parteitag eingeschlagenen Kurses der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts-

und Sozialpolitik, der seit mehr als einem Jahrzehnt konsequent verwirklicht wird, auf der Grundlage der Vertiefung des allseitigen brüderlichen Bündnisses mit UdSSR und den anderen sozialistischen Bruderländern leistet die DDR ihren Beitrag zur Stärkung des Sozialismus und zur Erhöhung seiner internationalen Autorität.

Auf diesem festen und sicheren Fundament aufbauend, sind die Möglichkeiten der aktiven Einwirkung der DDR im Kampf um die Friedenssicherung bedeutend gewachsen. Vor einigen Tagen hat das Politbüro die Eckziffern für die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft der DDR in den Jahren 1986-90, insbesondere für die Nationale Volksarmee beschlossen. Dabei geht es auch um den Ausbau der Verteidigungsindustrie der DDR in gemeinsamer Arbeit mit der Sowjetunion.

Die Bürger der DDR vollbringen große Leistungen zur Stärkung des Arbeiter-und-Bauern-Staates, ihres sozialistischen Vaterlandes. Das findet in den beachtlichen Resultaten auf volkswirtschaftlichem Gebiet, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sowie in einer kontinuierlichen politisch-ideologischen Massenarbeit seinen Ausdruck. Dabei widmen wir unsere besondere Aufmerksamkeit der Durchführung der Beschlüsse der Moskauer Tagung des RGW auf höchster Ebene über die sozialistische

ökonomische Integration. Der Wettbewerb, das 35. Jahr der Existenz der DDR zum erfolgreichsten in der Geschichte der Republik zu machen, ist auf die Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für Frieden und Sicherheit gerichtet.

Kunmehr zu den Beziehungen der DDR zur BRD.

Immer sind wir davon ausgegangen, daß es sich um zwei Staaten gegensätzlicher gesellschaftlicher Systeme handelt, die unterschiedlichen Bündnissen, dem Warschauer Pakt und der NATO angehören. Die 35jährige Geschichte der DDR war die Geschichte des Kampfes um die gemeinsame Durchsetzung der Positionen des sozialistischen deutschen Staates gegen die revanchistischen Ziele der Imperialisten der BRD. Niemals gab es bei uns Illusionen über den Charakter der BRD, über das Wesen und die Ziele ihrer Politik. Das war so in der Zeit der Adenauer-Regierung, das war so in der Zeit der von der SPD geführten Bundesregierung, und das ist jetzt so.

Zieht man die Bilanz der mehr als drei Jahrzehnte, so zeigt sich:

Dank der gemeinsamen Politik haben sich die Positionen des sozialistischen deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates von Jahr zu Jahr gestärkt, und die Kräfte des Revanchismus mußten schwere Niederlagen hinnehmen. Der 35. Jahrestag unserer Republik ist dafür ein unübersehbarer Beweis.

Angesicht der Notwendigkeit, alles zu tun, um die Welt vor einer nuklearen Katastrophe zu bewahren und die von den USA betriebene Politik der Konfrontation zu durchkreuzen, gehen wir in unserer konkreten Situation davon aus, gegenüber der BRD eine Politik zu entwickeln,

- die in unserem Lande von den Volksmassen verstanden und unterstützt wird;
- die von einer möglichst großen Zahl der Bürger der BRD verstanden und mehr und mehr akzeptiert wird;
- die die Kräfte des Friedens und der Opposition in der BRD nicht in Resignation verfallen läßt, sondern zum Kampf mobilisiert;
- die es der Kohl-Regierung erschwert, ein guter und aktiver Verbündeter der Reagan-Regierung zu sein.

Wir dürfen die Regierung der BRD nicht aus ihren vertraglichen Verpflichtungen entlassen, sondern müssen sie unseres Erachtens trotz aller Erschwernisse so fest wie möglich an die Verträge binden.

Wir meinen, daß es darauf ankommt, die durch die Raketenstationierung in der BRD entstandene neue Lage nicht nur zu beschreiben und anzuprangern. Das ist notwendig. Aber es gilt zugleich, ständig neue Initiativen zu ergreifen, um mit mobilisierenden Lösungen den Kampf gegen diese gefährvolle Entwicklung weiter zu entfalten.

Unseres Erachtens dürfen jene nicht zum Zuge kommen, die der Bevölkerung der BRD einreden wollen, die USA wollten verhandeln und seien friedfertig. Wir kennen die Regierung der BRD, aber unserer Meinung nach gilt es, alles zu tun, um den Frieden zu sichern. Daher dürfen wir die besorgten und schwankenden Kräfte in der BRD nicht dem Einfluß der Ultras überlassen. Wir müssen mit ihnen reden, um sie als Verbündete im Kampf um die Sicherung des Friedens zu gewinnen, wie groß auch die Meinungsunterschiede und Differenzen in anderen Fragen sein mögen.

Die Erfahrungen der zurückliegenden beiden Jahre haben bewiesen: Es ist durchaus möglich, mit der offensiven Friedenspolitik der sozialistischen Staaten auf breite Schichten der Bevölkerung der BRD Wirkung auszuüben. Sonst wäre es nicht zu einer Massenbewegung gegen die Raketenpolitik

der USA in dem bekannten Ausmaß gekommen, wie wir das vorher selbst kaum geglaubt hätten.

Sonst wäre es nicht möglich gewesen, zu erreichen, daß die SPD nach ihrem von Helmut Schmidt erzwungenen Ja zur Raketenstationierung zu einem Nein, zu einer Ablehnung der USA-Raketenpolitik gekommen ist.

Auch wäre nicht erreicht worden, daß über 70 Prozent der Bevölkerung sich gegen die Fortsetzung der Raketenstationierung aussprachen. Das reicht bis weit in die Reihen der Anhängerschaft der CDU/CSU hinein, zu denen vor allem auch christliche Menschen gehören, die für die Verständigung mit den sozialistischen Staaten sind und die Reagan-Politik ablehnen.

Auch in bezug auf das Verhältnis zur DDR hat sich in der Bevölkerung der BRD in den zurückliegenden Jahren eine Entwicklung vollzogen. Gewiß ist ein Teil der BRD-Bürger noch immer von revanchistischen Illusionen erfaßt, die von den entsprechenden Organisationen, von den Medien des Springer-Konzerns und auch von Politikern aller systemtragenden Parteien immer wieder geschürt werden.

Es gibt aber auch einen anderen Teil der Bevölkerung der BRD, der die DDR als selbständigen deutschen Staat sieht, mit dem man normal auskommen muß. Dieser Teil ist im Wachsen begriffen, und vor allem viele Jugendliche denken so. Das ist u. E. ein wichtiger Fortschritt.

Es gibt einen dritten Teil der BRD-Bevölkerung: Das sind die Freunde der DDR. Dazu zählen neben den Kommunisten in wachsendem Maße auch Gewerkschafter, Mitglieder und Wähler der SPD, viele Anhänger der Friedensbewegung.

Damit ist, ohne es zu überschätzen, ein politisches Kapital entstanden, das wir nicht verschenken oder gar jetzt dem Einfluß des Feindes überlassen dürfen. Wir müssen es vergrößern.

Die innere Lage der BRD ist von tiefen Widersprüchen geprägt. Die Kohl-Regierung ist 1982 von maßgeblichen Kreisen des Monopolkapitals ins Amt gebracht worden, um auf allen Gebieten eine Wende nach rechts durchzusetzen. Die ökonomische Situation ist aber trotz geringfügiger Verbesserungen auf diesem oder jenem Gebiet weiter von tiefen Krisenerscheinungen geprägt. Allein 16.000 Firmen haben Pleite gemacht. Der versprochene große Aufschwung kommt nicht. Die Massenarbeitslosigkeit geht nicht zurück, sondern wächst weiter an. Die Politik des Abbaus sozialer Leistungen durch die Regierung und die Unternehmer ist gerade in den vergangenen Wochen durch machtvolle Streiks der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften beantwortet worden. Man kann sagen, das waren die größten Streiks in der Geschichte der BRD. Die sozialen Spannungen werden weiter zunehmen. Die Kohl-Regierung sollte eine Regierung der festen Hand sein. Wie die Tatsachen zeigen, ist aber ihre Situation durch verstärkte Labilität gekennzeichnet. Schon zeigt sich wachsende Angst vor den nächsten Wahlen.

Schwer ist, wie ich schon sagte, die Verantwortung, die diese Regierung mit ihrer Zustimmung zur Stationisierung der USA-Erstschlagwaffen übernommen hat. Wir können jedoch nicht aus dem Auge lassen, daß dafür der vorhergehende Bundeskanzler Helmut Schmidt die Vorbereitungen getroffen und damit der Regierung Kohl das Handeln erleichtert hat. Wenn man die Tatsachen prüft, muß man feststellen, daß seit der Regierung Schmidt die BRD militärisch zur zweitstärksten NATO-Macht geworden ist.

In der Ost-Politik hat Kohl Kontinuität verkündet. In zwei Briefen und in Telefongesprächen hat er mir das erklärt. Er muß auf die Stimmung der Bevölkerung Rücksicht nehmen. Außerdem gibt es handfeste Wirtschaftsinteressen der Großbourgeoisie, die sich nicht von Washington alles vorschreiben lassen will. Die jüngste Entwicklung zeigt, daß diese Interessenkonflikte mit den USA in den Fragen Hochzinspolitik und Technologie-export sich sogar noch verstärkt haben.

Jetzt muß u. E. unser ganzes Trachten darauf gerichtet sein, alle Kräfte weiter zu ermuntern, die sich für den Stopp der Raketenstationierung und den Abzug der bereits aufgestellten Systeme einsetzen. Dabei gilt es, auch jene anzusprechen, die zwar für die Stationierung waren, jetzt aber allmählich begreifen, daß damit für die BRD keine größere Sicherheit entsteht, sondern Todesgefahr. Die gibt es in der SPD, aber auch in der CDU/CSU. Dazu bedarf es des politischen Dialogs.

Von dieser unauswählbaren Aufgabe der Mobilisierung aller Kräfte für den Frieden und gegen den USA-Kurs der Konfrontation, gegen die Zerstörung des europäischen Vertragswerkes lassen wir uns auch in der Frage meines Besuches in der BRD leiten. Wenn die Frage gestellt wird, wann dieser Besuch stattfinden soll, dann müßte die Antwort sein "jetzt" und in Verbindung mit dem 35. Jahrestag der DDR, zu dem wir die Stärke unserer sozialistischen DDR demonstrieren werden.

Welche Ziele könnten mit dem Besuch erreicht werden?

- Der Besuch in der BRD könnte dazu dienen, vor der Öffentlichkeit dieses Landes und mit weltweiter Auswirkung die konstruktiven Vorschläge der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten zur Verhinderung eines Atomkrieges, zum Stopp der Raketenrüstung und dem Abbau der bereits stationierten Systeme, gegen die Militarisierung des Weltraums, für die Gesundung der Weltlage abzustimmen. Das ist auch der Grund dafür, daß insbesondere die Springer-Presse gegen diesen Besuch Sperrfeuer schießt. Der Ablauf des Besuches, über den es noch keine abgestimmten Vorschläge gibt, denn sonst wäre unser Außenministerium bereits an Euer Außenministerium herangetreten, würde das in vielfältiger Weise ermöglichen: durch eine Erklärung bei der Ankunft in der Bundesrepublik, in den Gesprächen, bei den Treffen mit den Vertretern der Parteien und in einer Pressekonferenz usw. Der Bundespräsident der BRD ließ mir mitteilen, daß er mich bei meinem Besuch genauso behandeln würde wie Todor Shiwkow,

der bekanntlich früher in die BRD führt.

Ich habe bereits in einem Interview mit einer italienischen Zeitung öffentlich erklärt, daß ich mit Bundeskanzler Kohl über den Stopp der Aufstellung der NATO-Raketen sprechen werde. Die Regierung der BRD war dadurch gezwungen, öffentlich ihr Einverständnis mit der vorrangigen Behandlung dieser Frage zu bekunden.

- Mein Besuch als Staatsoberhaupt der DDR in der BRD würde vor aller Welt in einer bisher nicht gekannten Weise deutlich machen, daß der sozialistische deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat ein souveräner und selbständiger Staat ist, mit dem die BRD in völkerrechtlichen Beziehungen steht. Das würde vor allem unterstrichen durch das erstmalige Treffen des Staatsoberhauptes des sozialistischen deutschen Staates mit dem Bundespräsidenten der BRD.

Praktisch wäre das ein schwerer Schlag gegen alle revanchistischen Tendenzen und Illusionen. Das ist auch einer der Gründe, warum gerade die ultrarechten Kräfte in der BRD gegen das Stattfinden dieses Besuches hetzen.

- In den zurückliegenden Monaten bin ich mit den Regierungschefs von Schweden, Griechenland und Italien zusammengetroffen. Demnächst werde ich nach Finnland reisen und im Spätherbst den französischen Ministerpräsidenten und den Bundeskanzler

Österreichs erwarten. Vom Staatspräsidenten Frankreichs, Mitterand, habe ich über unseren Außenminister eine mündliche Botschaft erhalten. Gegenwärtig ist Genosse Egon Krenz, Mitglied des Politbüros, Sekretär des ZK der SED, Stellvertr. Vorsitzender des Staatsrates, in Griechenland. Papandreu sagte ihm, er solle Erich Honecker übermitteln, daß die Entwicklung der Beziehungen der DDR mit der BRD günstig sei für den Kampf Griechenlands gegen die USA-Stützpunkte. So würde sich der Besuch in der BRD in diese Reihe einordnen. Auch damit würde unterstrichen, daß die Beziehungen der DDR zur BRD die gleiche völkerrechtliche Qualität besitzen, wie zu anderen kapitalistischen Ländern. Defacto würde damit deutlich, daß die BRD für die DDR Ausland ist.

- Kürzlich weilte der Bundeskanzler der BRD Kohl in Budapest. Jetzt ist - wie ich schon sagte - bekannt geworden, daß Mitte September Genosse Todor Shiwkow nach Bonn reisen wird. Der Außenminister der CSSR, Genosse Chnoupek, hat bei seinem jetzigen Besuch in der BRD an Kohl eine Einladung zum Besuch in Prag überbracht. Weitere Begegnungen zwischen sozialistischen Staaten und der BRD sind in Vorbereitung, so zwischen den rumänischen Genossen und Bonn.

In dieser Verbindung wäre meine Reise in die BRD ein normaler Vorgang, wohingegen ein Nichtstattfinden dieses Besuches als außergewöhnlich wirken müßte.

Wie steht es um die Haltung der politischen Kräfte in der BRD, die wir zu berücksichtigen haben, zur Frage des Besuches?

- Die Einladung war bekanntlich bereits vor 3 Jahren von Bundeskanzler Helmut Schmidt ausgesprochen worden. Sie ist vom jetzigen Bundeskanzler Kohl erneuert worden. Auch liegt eine entsprechende Einladung des Bundespräsidenten der BRD Weizsäcker vor.

In der CDU/CSU sind die Auffassungen geteilt. Gegen den Besuch sind bestimmte ultrarechte Kreise, vor allem in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU unter Führung des CDU-Politikers Dregger. Sie versuchen, durch Erklärungen das Klima zu belasten und haben sich mit den Schurfmachern des Springerkonzerns verbündet.

Andererseits sind jene Kreise der CDU/CSU für den Besuch, die vor allem mit wichtigen Gruppen der westdeutschen Wirtschaft verbunden sind, denen die Fortsetzung der Handelsbeziehungen zur UdSSR, zur DDR sowie zu den anderen sozialistischen Ländern am Herzen liegt. Bekanntlich gehörten Kohl, Stoltenberg und Kiep seinerzeit selbst zu diesen Konzernen.

- Die FDP tritt für das Stattfinden des Besuches ein, um Wähler für die bevorstehenden Wahlen zu gewinnen.

- Führende Politiker der SPD haben uns wissen lassen, daß sie auf das Stattfinden des Besuches in den kommenden

Wochen großen Wert legen. Der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, hat sich in diesen Tagen noch einmal direkt an mich gewandt und die Hoffnung geäußert, daß er mich treffen wird. Er ließ mir die Erwartung übermitteln, daß ich ihm zu Ehren in Bonn ein Essen gebe. Eben solche Stellungnahmen gibt es von Vogel, Bahr, Ehmke u. a.

Vogel hat Anfang August mitgeteilt, die SPD habe ein besonderes Interesse an dem Besuch, weil sie sich damit eine Stärkung ihrer Position im Hinblick auf die kommenden Wahlen verspricht.

So hat sich auch der SPD-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Rau, und der Landesvorsitzende der SPD des Saarlandes, Lafontaine, geäußert. In beiden Bundesländern finden im Frühjahr Wahlen statt. Wenn die SPD sie gewinnt, würde das das Kräfteverhältnis im BRD-Bundesrat verändern.

Insgesamt erwartet die Führung der SPD durch meinen Besuch und die Darlegung unserer Politik eine Hilfestellung, um in der BRD eine neue Mehrheit gegen die CDU/CSU zu schaffen. Wie mir mitgeteilt wurde, trägt sich Willy Brandt mit dem Gedanken, noch einmal für das

Amt des Bundeskanzlers zu kandidieren.

- Die Partei der Grünen teilt nicht die Meinung der rechten Kräfte der CDU/CSU, sie hat in mehreren Briefen an mich den geplanten Besuch begrüßt und darum ersucht, mit mir zusammentreffen zu können. Sie repräsentiert einen beachtlichen Teil der oppositionellen Kräfte, vor allem unter der Jugend. Von den Grünen hat es bereits wichtige Initiativen zur völligen Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR gegeben. Sie haben sich öffentlich gegen die Thesen des Revanchismus ausgesprochen. Es gilt, jene Kräfte dort zu bestärken, die auf vernünftigen, ja, man kann sagen, auf linken Positionen stehen.

- Ich möchte noch bemerken, daß mir auch ein Schreiben des Koordinierungsausschusses der BRD-Friedensbewegung vorliegt. Der Vorsitzende dieses Ausschusses, Josef Leinen (SPD), unterstrich darin die Wichtigkeit eines Besuchs für die gesamte Friedensbewegung und bittet um eine Begegnung.

Alles in allem: Unter Abwägung aller Faktoren kommen wir zu der Schlußfolgerung, daß der Besuch in der BRD richtig wäre und für unsere gemeinsame Politik des Kampfes zur Verminderung der Kriegsgefahr, gegen die Hochrüstungspolitik

der USA und der NATO von Nutzen wäre.

In dieser Beurteilung stimmen wir mit der DKP und auch der SEW überein.

Natürlich haben wir auch die Frage einer Absage des Besuches erwogen. Eine Absage, sofern sie nicht mit sehr gewichtigen Gründen sowohl für die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, als auch für die Friedenskräfte der BRD und für die internationale Öffentlichkeit verbunden wäre, könnte eigentlich nur die Ultras in der BRD und in den USA freuen, die den Besuch zu verhindern trachten.

Selbstverständlich bedarf es noch entsprechender Schritte der Vorbereitung. Selbstverständlich stellen wir in Rechnung, daß es eines kämpferischen Herangehens bedarf, um die politischen Ziele zu erreichen. Selbstverständlich stehen auch andere Fragen, so z. B. der Sicherheit, aber ich bin der Meinung, daß man jetzt den Stier bei den Hörnern packen muß und daß wir somit dieses Kapitel zum Abschluß bringen müssen. Die BRD wird damit gezwungen, ihre Anerkennung der DDR zu demonstrieren.

Lieber Genosse Konstantin Ustinowitsch, liebe Genossen des Politbüros! Ich habe Euch die Auffassung unseres Politbüros vorgetragen. Ich bitte um Verzeihung, wenn es etwas länger gedauert hat.

Genosse Tschernenko

Gestatten Sie, Genosse Honecker, nunmehr einige Überlegungen unsererseits darzulegen.

Lieber Genosse Honecker, liebe deutsche Genossen!

Ich möchte betonen, daß wir ohne irgendwelche Geringschätzung die Bemühungen würdigen, die vom ZK der SED, der DDR zur Verhinderung des Krieges als Hauptgefahr unserer Zeit unternommen werden. Große Achtung empfinden wir gegenüber den großen Erfolgen der DDR, die im Ergebnis der großen Arbeit der SED errungen wurden. Darüber habe ich bereits im Juni 1984 gesprochen. Mehr noch, wir verfolgen nicht nur mit Verständnis, was von der DDR geleistet wird, sondern wir lernen von den Erfahrungen der deutschen Genossen, entsenden unsere Genossen, um diese Erfahrungen zu studieren. Gleichzeitig möchten wir im Streben nach Erhöhung der Effektivität dieser Bemühungen vermeiden, daß nicht-gerechtfertigte Zugeständnisse an den Gegner gemacht werden.

Von dem, was Sie, Genosse Honecker, uns jetzt gesagt haben, ist uns vieles schon bekannt. Ihre Ausführungen bestätigen die Notwendigkeit eines rechtzeitigen offenen Gesprächs. Bevor ich auf einige konkrete Fragen eingehe, möchte ich einige Überlegungen allgemeinen Charakters anstellen.

In den letzten Jahren haben wir auf bilateralen und multilateralen Beratungen sozialistischer Länder wiederholt die internationale Lage erörtert und sind dabei jedesmal zu der gemeinsamen Schlußfolgerung gelangt, daß in der Welt eine gefährliche Spannung besteht. Die Hauptursache dieser Spannung ist die Politik Reagans, ist das Streben der USA, die westlichen Länder im Kampf gegen den Sozialismus zu vereinen. Jedesmal, wenn wir gemeinsame Schlußfolgerungen zogen, betonten wir, daß eine nicht geringe Verantwortung für die Verschlechterung der Lage die BRD trägt. Das taten wir stets strikt anhand von Fakten. Können wir denn heute sagen, daß sich an der Politik der USA und der NATO etwas verändert hat? Nein, es hat sich nichts verändert. Auf jeden Fall hat sich nichts zum Besseren verändert. Im Gegenteil, die Veränderungen gingen ins Negative und richteten sich gegen die Interessen des Sozialismus und des Friedens. Die von der Politik des Imperialismus ausgehenden Gefahren wachsen. Diese Feststellung wird durch alle bestehenden Hauptprobleme und in allen Regionen bestätigt. Die Wahlmanöver Reagans unterstreichen einmal mehr die Richtigkeit dieser unserer Einschätzung. Einer besonders sorgfältigen Aufmerksamkeit bedarf die Lage in Europa. Hier befindet sich die Hauptgrenze zwischen zwei Systemen, hier verläuft die vorderste Linie der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Gerade hier verläuft die Hauptrichtung der Angriffe des Westens gegen uns. Die hier in militärischer,

ökonomischer und ideologischer Hinsicht wirkende Hauptkraft ist die BRD, der Vollstrecker der Politik Reagans auf unserem Kontinent. Die Doppelzüngigkeit und die militaristische Tendenz in der Politik der BRD stellen all das in den Schatten, was in Bonn unter Adenauer getan wurde. Bonn und Washington handeln in voller Übereinstimmung. Die USA stationieren neue Raketen in Europa, rufen einen Kreuzzug gegen den Sozialismus aus, stellen die Realitäten der Nachkriegsentwicklung in Frage. Bonn erklärt sofort die deutsche Frage für offen und fordert offiziell die Grenzen von 1937, spricht von besonderen gesamtdeutschen Beziehungen. Es verstärken sich die Aktionen, die darauf gerichtet sind, die sozialistische Ordnung in der DDR zu unterminieren. Das ist mit bloßem Auge zu erkennen.

Genosse Honecker, Sie haben wiederholt darauf hingewiesen, daß Ihr Land sich an der Nahtstelle beider Systeme befindet. Wie sich die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD gestalten, das ist eine Frage unserer gemeinsamen großen Politik. Diese Frage berührt direkt die Sowjetunion, die gesamte sozialistische Gemeinschaft. Die Frage des Kampfes gegen den Revanchismus ist sowohl unsere Frage als auch eine Frage der DDR. Die Politik des Revanchismus ist eine Politik des Krieges. Darüber habe ich am 14. 6. 1984 gesprochen und dabei gesagt, daß es uns nicht ganz verständlich ist, daß die DDR gegenüber der revanchistischen und nationalistischen Politik der BRD

solch. eine Zurückhaltung übt. Gegenwärtig auf einen Ausbau der Beziehungen mit der BRD einzugehen, bedeutet, ihr zusätzlich Kanäle für die ideologische Beeinflussung der DDR zu geben.

Die Lage selbst, die Positionen Bonns diktieren die Notwendigkeit der Linie der Abgrenzung. Es gilt, hartnäckig gegenüber der BRD die prinzipielle Forderung nach Festigung der Souveränität der DDR und bedingungsloser Achtung dieser Souveränität durch Bonn zu stellen. In diesem Zusammenhang sollte auch die Frage Ihres Besuches in der BRD gestellt werden.

Sie, Genosse Honecker, haben in dem Gespräch im Juni keine Zweifel geäußert und sagten, daß die DDR in allen internationalen Fragen mit der Sowjetunion voll übereinstimmt. Die Lage nach unserem Gespräch ist, milde ausgedrückt, nicht besser geworden. Ungeachtet dessen kam es zu Erklärungen über neue Maßnahmen zur Erleichterung von Kontakten, zum Ausbau der Möglichkeiten für Besuche von Bürgern und Kindern aus der BRD. Diese Maßnahmen sind vom Standpunkt der inneren Sicherheit der DDR zweifelhaft und stellen einseitige Zugeständnisse an Bonn dar. Sie erhalten dadurch finanzielle Vorteile, aber in Wirklichkeit sind das scheinbare Vorteile. Hier geht es um zusätzliche finanzielle Abhängigkeiten der DDR von der BRD. Die Ereignisse in Polen sind eine schwerwiegende Lehre, aus der man Schlußfolgerungen ziehen sollte.

Wir sollten der Wahrheit in die Augen schauen. Während die Bonner Positionen sich in den Angelegenheiten der DDR und Westberlins verstärkt haben, ist die DDR in keiner der großen Fragen, die lebenswichtig sind, vorangekommen.

Ist denn Bonn zum Beispiel nachgiebiger geworden in Fragen der Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR, in der Grenzfrage, in der Verwandlung der Vertretungen in Botschaften, in der Anerkennung Berlins als untrennbarer Bestandteil der DDR, als deren Hauptstadt. Im Gegenteil, durch die Gewährung des Kredits zementiert die BRD ihre negative Position in diesen und anderen Fragen. Sie können das selbst aus den Erklärungen in Bonn entnehmen.

Was den Besuch in der BRD betrifft, zu dem die Vorbereitungen, wie wir wissen, bereits laufen, so haben Sie uns im Juni gesagt, daß es dazu noch keinen Beschluß gibt und daß dieser unter Berücksichtigung der Situation und der politischen Verhältnisse gefaßt wird. Heute jedoch ist die Situation nicht besser, sondern sogar noch komplizierter. Heute werden in der BRD im Zusammenhang mit der Frage des Besuches gesamtdeutsche und großdeutsche Stimmungen geschürt, verfolgt Bonn gegenüber der DDR eine diskriminierende Linie, verletzt es direkt die Interessen der DDR und geniert sich nicht, den Vorsitzenden des Staatrates der DDR nicht einmal in die Hauptstadt der BRD, Bonn, einzuladen. Das ist an und für sich schon demütigend, ist keine protokollarische, sondern eine prinzipielle Frage.

Vorsteht uns, liebe Genossen, bitte nicht so, daß wir die DDR von Westdeutschland durch eine undurchdringliche Mauer absperrern wollen. Wir sind auch nicht gegen die Durchführung einer aktiven Politik in den deutschen Angelegenheiten. Aber dies kann nicht getrennt von der internationalen Lage, von Europa, von der Politik der BRD geschehen. Wenn es zu einer Annäherung mit der BRD auf dem Wege der Schwächung der Positionen des Sozialismus durch ungewollte Ermunterung der Ansprüche Bonns gegenüber der DDR kommt, so würde das uns allen einen großen Schaden zufügen. Daß jetzt in Westdeutschland ein großer Aufschwung chauvinistischer und revanchistischer Stimmungen sichtbar ist, so muß man sehen, daß dies die Sicherheit der Sowjetunion, der gesamten sozialistischen Gemeinschaft berührt. Die sowjetischen Menschen würden uns nicht verstehen, wenn wir an diesen Erscheinungen vorbeigingen. Das Ziel des Sozialismus ist der Frieden. Das ist das Ziel unserer gemeinsamen Außenpolitik. Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen ist der Kampf um den Frieden vor allem die Konzentration unserer Anstrengungen auf die Durchkreuzung der Pläne der USA und der NATO. Konkreter Ausdruck dieser Pläne ist die Stationierung von USA-Raketen in der BRD. In Bonn versucht man die Dinge so darzustellen, als sollte man die Beziehungen zwischen Ost und West nicht auf die Raketenfrage begrenzen. Als könne man über diese Frage hinwegsehen. Im Lichte solcher Positionen Bonns ist es schwer zu verstehen, wenn auch in der DDR erklärt wird,

daß man durch die Entwicklung der Beziehungen mit der BRD den Schaden begrenzen kann, der durch die Stationierung der USA-Raketen entstanden ist.

Ja, in der BRD gibt es Antiraketen-, Antikriegsstimmungen. Auch in regierenden Kreisen gibt es einige Politiker, die von nüchternen Positionen ausgehen. Aber das gibt keine Veranlassung für die Lösung über eine gesamtdeutsche Koalition der Vernunft. Diese Losung wird durch diejenigen ausgenutzt, die versuchen, ihre Politik zu tarnen, die Menschen durch Phrasen ohne Klassensinn zu täuschen. Darauf sind jetzt alle propagandistischen Bemühungen Bonns gerichtet.

Wie die sozialistischen Länder darauf reagieren, ist eine Frage von großer prinzipieller und praktischer Bedeutung. Die Sache besteht nicht darin, zu welchen Ergebnissen die Präsidentschaftswahlen in den USA führen werden, sondern darin, daß nicht der Eindruck erweckt werden darf, als würde der harte Kurs der Reagan-Administration zu Ergebnissen führen. In unserem gemeinsamen Interesse und im Interesse jedes einzelnen sozialistischen Landes ist so zu handeln, daß weder in Washington noch in Bonn irgendwelche Hoffnungen genährt werden können. Anderenfalls würde es zu einem noch stärkeren und frecheren Druck kommen.

Sie haben sich darüber beklagt, daß durch die Veröffentlichungen in der "Prawda" dem Westen Anlaß für Spekulationen und Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion und der DDR gegeben wurde. In Wirklichkeit liegt die Sache anders. Der Anlaß für diese Spekulationen sind nicht unsere Publikationen gegen den Revanchismus, sondern das Fehlen von Publikationen solcher Art in der DDR. Besondere Aufmerksamkeit rief im Westen die Tatsache hervor, daß der zweite "Prawda"-Artikel überhaupt nicht in den DDR-Zeitungen veröffentlicht wurde.

Da wir hier ein offenes Gespräch führen, möchte ich auch folgende Frage stellen: Gehen die Mitglieder des Politbüros des ZK der SED etwa davon aus, daß alles, was in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD geschieht, darunter auch in Vorbereitung des Besuches, im voraus mit der Sowjetunion abgestimmt ist und es dazu eine gegenseitige Verständigung gibt? Wenn das so wäre, so würde dies bedeuten, daß Ihre Genossen nicht richtig über unsere Positionen orientiert sind. Als Kommunisten und Ihre aufrichtigen Freunde gehen wir davon aus, daß Sie uns verstehen, daß wir diese Fragen ausräumen möchten, um auch weiterhin, ausgehend von einheitlichen Einschätzungen, eine abgestimmte Politik durchzuführen. Jede Frage, und sei sie noch so kompliziert, kann durch rechtzeitige Konsultation gelöst werden.

Das ZK der KPdSU hat stets das Vertrauen zwischen unseren beiden Parteien, die weitere Festigung der Einheit unserer Aktionen in den Beziehungen, die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der DDR hoch geschätzt. Das war und bleibt die Kernfrage. Dies bezieht sich auch, Genosse Honecker, auf Sie persönlich.

Das heutige Treffen findet unmittelbar vor einem großen Ereignis, dem 35. Jahrestag der DDR, statt. Wir bereiten uns darauf aktiv vor und bedanken uns herzlich für die Einladung zu diesem Jubiläum. Wir möchten darüber informieren, daß wir den Beschluß gefaßt haben, eine repräsentative Delegation mit Genossen Gromyko an der Spitze zu entsenden.

Was den Besuch in der BRD betrifft, so ist das natürlich eine Sache, die von der SED zu entscheiden ist. Wir glauben, daß Sie noch einmal kollektiv und allseitig, unter Berücksichtigung der von uns geäußerten Überlegungen, diese Frage prüfen. Wir möchten Ihnen jedoch sagen, daß die sowjetischen Kommunisten es positiv aufnehmen würden, wenn Sie in der entstandenen Lage von dem Besuch Abstand nehmen.

Zum Abschluß möchte ich noch einmal die Zuversicht zum Ausdruck bringen, daß wir im Geiste der für die Beziehungen zwischen der KPdSU und der SED, der Sowjetunion und der DDR traditionellen Freundschaft wirken werden.

Genosse Honecker dankte Genossen Buchhornke für die offenen Ausführungen zu den aufgeworfenen Fragen. Es ist richtig, wenn die Fragen zwischen Kommunisten offen angesprochen und konsultiert werden. Für unsere Partei ist das Verhältnis zur KPdSU heilig und wird es immer sein; das ist eine Sache der gesamten Partei und des ganzen Volkes der DDR. Es wurde die Frage gestellt, ob im Politbüro über unsere Gespräche informiert worden ist. Es wäre schlimm, liebe Genossen, wenn es nicht so wäre. Das Politbüro wurde über das Gespräch im Juni umfassend informiert. Ich habe deshalb unsere Einschätzung der internationalen Lage hier zusammenfassend dargelegt und unseren Standpunkt vertreten. Es kann sein, daß er zu einigen Fragen fehlerhaft ist. Das ist möglich. Ich möchte daran erinnern, daß eine Einschätzung der internationalen Lage auch in meiner Rede auf der Wirtschaftsberatung des RWG auf höchster Ebene vorgenommen wurde, auf der wir zu einem gemeinsamen Standpunkt gekommen sind. Davon sind wir selbstverständlich ausgegangen. Deshalb habe ich auch hier vorgebracht, daß es in der gegenwärtigen Situation notwendig ist, den Hauptstoß gegen die Politik der USA zu führen, die alle negativen Kräfte vereinigen, die einen Kreuzzug gegen die Sowjetunion, den Sozialismus, gegen alle progressiven Kräfte führen. Was Europa betrifft, so stimmen wir mit Ihnen überein, daß der Hauptverbündete der USA in Europa die BRD ist. Auf der Tagung des Politisch Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten in Prag habe ich unterstrichen, daß nach den USA die BRD die zweitgrößte NATO-Macht ist.

Hierzu gab es bekanntlich unterschiedliche Auffassungen seitens des Genossen Ceausescu. In meiner Rede habe ich zum Zusammenspiel zwischen den USA und der BRD Stellung genommen und betont, daß es eines aktiven Kampfes bedarf, um den daraus erwachsenden Gefahren entgegenzuwirken.

Eine andere Frage im Zusammenhang mit Ihren Ausführungen ergibt sich daraus, daß - wie wir es verstehen - unsere Länder den gemeinsamen Standpunkt vertreten haben, nicht neue Hindernisse zu schaffen, sondern alle Kräfte zu vereinen, um die Lage, wie sie nach dem Beginn der Raketenstationierung entstanden ist, umzukehren. Das 7. Plenum unseres Zentralkomitees fand unmittelbar nach dem Beginn der Stationierung der amerikanischen Raketen statt. Das Politbüro hatte mich beauftragt, am zweiten Tag in der Diskussion aufzutreten. In meiner Rede auf dem Plenum bin ich von der Erklärung der sowjetischen Führung ausgegangen und habe betont, daß es darauf ankommt, die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft zu festigen, den Kampf um die Sicherung der Entspannung und des Friedens zu verstärken und sofort entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten. Das haben unsere Bürger verstanden und unterstützt. Man kann sagen, daß wir auf dem Plenum eine gründliche Analyse der Lage vorgenommen haben. Dies war auch erforderlich, um gegen bestimmte pazifistische Stimmungen Stellung zu nehmen.

Was die Formel von einer Koalition der Vernunft betrifft, so bezieht sie sich nicht allein auf das Verhältnis zur BRD, sondern ist für das Auftreten in der ganzen internationalen Arena gedacht und hat weltumfassende Bedeutung.

Es ging uns dabei darum, aktiv dafür zu wirken, breiteste Kreise in der Welt gegen die Politik der USA zu mobilisieren und in diesem Rahmen natürlich auch gegen den Hauptverbündeten der USA in Westeuropa, die BRD. In diesem Sinne führte ich auch meine Gespräche mit Trudeau, Papandreu, Palme, Craxi und anderen westlichen Politikern. Es ging also - um das noch einmal zu unterstreichen - bei dieser Formel nicht um die Hervorhebung der besonderen Rolle der deutschen Staaten, sondern wir sind auch dabei von der Position der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus ausgegangen.

Ich möchte auch daran erinnern, daß bei der Abstimmung der Deklaration, der Dokumente der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten eine Reihe von vorgeschlagenen Formulierungen, z. B. der Gegenmaßnahmen der Stationierung operativ-taktischer Raketen großer Reichweite auf dem Territorium der DDR und der CSSR, auf Grund der Opposition des Genossen Ceausescu nicht angenommen wurden.

Von Ihnen, Genosse Konstantin Ustinowitsch, ist die Frage im Juni aufgeworfen worden, ob mein Besuch in der BRD von Nutzen wäre. Zunächst muß man feststellen, daß die Frage des Besuches schon länger steht und wir auf Grund auch früherer Gespräche mit der sowjetischen Führung von der gemeinsamen Auffassung ausgingen, daß aufgeschoben nicht aufgehoben ist. Wie schon gesagt, haben wir bis zum jetzigen Zeitpunkt im Politbüro noch keinen Beschluß zu dieser Frage gefaßt. Ich habe auch in der letzten Sitzung am Dienstag die Genossen des Politbüros gebeten, zur Frage des Besuches noch keinen Beschluß zu fassen, bevor ich mich nicht mit Dir, Genosse Konstantin Ustinowitsch, abgestimmt habe. Bekanntlich gab es viele Spekulationen über den Besuch in der westlichen Presse. Unsere prinzipielle Position auch im Zusammenhang mit einem möglichen Besuch in der BRD ist in meinem Brief an Kohl dargelegt. Es gibt einen Auftrag an das Außenministerium zu sondieren, was bei einem Besuch in der BRD rauskommen könnte.

Welche Entwicklung vollzieht sich nun in der BRD?

Bekanntlich ist vor kurzem Apel mit der Feststellung aufgetreten, daß es keine offene deutsche Frage mehr gebe. Hinsichtlich der Grenzen zur BRD kann man sagen, daß die Gemeinsame Grenskommission den Grenzverlauf bis auf 90 km Grenze an der Elbe markiert hat. Bezüglich dieser 90 km stützt sich die BRD auf Dokumente der englischen

Besatzungsmacht und versucht ihre Forderung nach Grenzmarkierung entlang des Ostufers der Elbe damit zu begründen. Wir haben uns unsererseits schon an das sowjetische Außenministerium mit der Bitte gewandt zu prüfen, ob es irgendwelche Unterlagen der ehemaligen sowjetischen Kommandantur in diesem Gebiet gibt, die uns eine Hilfe bei der Durchsetzung unserer Forderung in dieser Frage sein könnten. Wir haben festgestellt, daß im Kreis ^{Summit} Boizenburg der damalige sowjetische Kommandant den Engländern das Angeln nur bis Mitte des Stromes genehmigt hatte.

(Genosse Eschernenko: Unsere Genossen werden diese Frage studieren)

In den anderen Fragen wirken wir aktiv darauf ein, die öffentliche Meinung im Sinne unserer Forderungen zu verändern. In den Verhandlungen führen wir harte Diskussionen, um unseren Standpunkt durchzusetzen.

Auf der Tagung der ZK-Sekretäre in Prag haben Genosse Hager und Herrmann unsere Positionen bekanntlich dargelegt, und alle anderen waren damit einverstanden. Wenn es irgendwelche Fragen gegeben hat, dann hätte man sie beraten können.

Sie, Genosse Konstantin Ustinowitsch, haben über den ersten und zweiten Artikel der "Prawda" gesprochen.

Was den ersten Artikel betrifft, so hat man mich informiert und ich habe entschieden, daß er veröffentlicht wird, weil er die Position der DDR in der Auseinandersetzung mit der BRD aufzeigt. Den zweiten Artikel haben wir nicht abgedruckt, weil er sich gegen einige Positionen des ZK unserer Partei richtete. Wir sind der Meinung, daß eine offene Polemik nicht den Normen in den Beziehungen zwischen unseren Parteien entspricht. Wir sind gegen eine Polemik mit der KPdSU, und alle Fragen, die es gibt, können wir unter uns beheben. Deshalb habe ich Sie an diesem Montag angerufen, um deutlich zu machen, daß öffentliche Angriffe unterlassen werden, denn diese schaden uns und der gesamten Gemeinschaft. Über diese Fragen hätte man wirklich in Prag sprechen können.

Ich möchte nochmals sagen, daß ich es gut fand, einen offenen Meinungsaustausch zu führen. Natürlich gibt es noch eine Reihe von Mißverständnissen, die ausgeräumt werden müssen. Ich schlage vor, daß wir in unserem Politbüro über alle hier aufgeworfenen Fragen weiter gründlich nachdenken und uns mit Euch über die jeweiligen Schritte abstimmen.

Ich möchte unbedingt den Eindruck ausdrücken, daß es zwischen uns Meinungsverschiedenheiten und Differenzen gibt.

Vielleicht wollen noch andere Genossen sprechen.

Ich möchte unsererseits danken für den Beschluß über die Entsendung einer Partei- und Regierungsdelegation zum 35. Jahrestag unter Leitung des Genossen Gromyko.

Genosse Hager

Genosse Honecker hat hier den einheitlichen Standpunkt des Politbüros zur Einschätzung der Lage und zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD dargelegt. Unsere Partei hat stets, ich möchte sagen im Thälmannschen Geist, für die unverbrüchliche Freundschaft mit der KPdSU, für die engste Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien und Staaten gewirkt. Deshalb ist es klar, daß man keine Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren Parteien zulassen darf. Wir werden die Bemerkungen des Genossen Konstantin Ustinowitsch sehr sorgfältig überdenken. Gleichzeitig möchte ich - wenn Sie gestatten - einige Fragen aufwerfen.

Zur ersten Frage:

Es gibt unter uns keine Meinungsverschiedenheiten über die Politik des USA-Imperialismus, die Raketenstationierung und die Rolle der BRD in den Plänen des US-Imperialismus, ihre Verantwortung, die sie mit der Zustimmung zur Raketenstationierung übernommen hat und den Revanchismus. Zweifellos ist die Politik des Imperialismus auf die Unterminierung des Sozialismus nicht nur in der DDR, sondern in allen sozialistischen Ländern gerichtet. Aber eine Frage ist, was die Imperialisten wollen, welches Ziel sie haben, und die andere Frage ist, was sie können. Deshalb möchte ich die Frage stellen, ob es Fakten gibt, die belegen können, daß die DDR unterminiert ist, daß

wir Zugeständnisse an die BRD machen oder ob es eine ähnliche Lage wie seinerzeit in Polen bei uns gibt.

Ich möchte meinerseits sagen, die DDR ist kein schwacher sozialistischer Staat, man kann sie auch nicht mit Polen vergleichen oder sagen, daß Zugeständnisse gemacht wurden.

Wir haben viele Jahre mit Millionen Besuchern aus der BRD und Westberlin, die auf Grund der bekannten abgeschlossenen Verträge zu uns reisen können, zu tun. Das hat nicht zu einer Annäherung der DDR an die BRD geführt.

Eine zweite Bemerkung meinerseits bezieht sich auf die Frage des Revanchismus. Wir sehen bei uns keine Zurückhaltung in dieser Frage. Auf jeder ZK-Tagung, in vielen Reden unserer führenden Genossen nehmen wir dazu Stellung. Ich möchte an das Interview des Genossen Honecker mit der französischen Zeitschrift "Revolution", an das Interview mit der italienischen Zeitung und der Wiener Zeitschrift erinnern, wo klar gegen den Revanchismus Front gemacht wurde, daß es keine Annäherung zwischen Kapitalismus und Sozialismus geben kann. Die DDR ist ein stabiler sozialistischer Staat. Sie verfolgt einen klaren Kurs auf die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Deshalb verwundert es mich, daß in Ihren Veröffentlichungen die Dinge anders dargestellt wurden. Es wäre gut, wenn es vor der Veröffentlichung eine Abstimmung zwischen uns gegeben hätte.

Genosse Ustinow:

Woher entnehmen Sie, daß diese Artikel gegen die DDR polemisieren? Der erste Artikel richtete sich gegen die Politik der USA, der NATO und der BRD. Der zweite Artikel richtete sich speziell gegen die Politik der BRD.

Können Sie uns Fakten nennen, die Ihre Feststellungen belegen?

Genosse Hager:

Natürlich kann ich weitere Fakten anführen. Ich möchte auf die Frage der Schadensbegrenzung verweisen, von der unser Generalsekretär auf dem 7. Plenum gesprochen hat. Das ist offensichtlich eine übergeordnete Frage, über die noch zu reden sein wird. Oder weiter. Sie stellen im "Prawda"-Artikel fest, die DDR wird unterminiert. Es wird in dem Artikel aber nicht davon gesprochen, daß die DDR eine Unterminierung nicht zuläßt.

(Genosse Gorbatschow: Das können ja Sie schreiben).

Genosse Hager:

Und was den Revanchismus betrifft, so möchte ich sagen, daß die Entlarvung des Revanchismus nur eine Seite ist, eine andere Frage ist aber, welcher Weg wird gewiesen zur Mobilisierung breiter Kräfte im Kampf gegen den Revanchismus, für die Sicherung des Friedens.

Genosse Ustinow:

Wir sind hier zwei Gruppen der Politbüros unserer beiden Parteien. Wir haben offen gesprochen, Je offener, ehrlicher und konkreter wir heute sprechen, umso besser wird es für die zukünftige Zusammenarbeit sein.

Genosse Honecker:

Richtig, Genosse Ustinow, aber deshalb wäre es möglich gewesen, uns vor der Veröffentlichung der "Prawda"-Artikel abzustimmen und darüber zu sprechen. Damit hätten wir Mißverständnisse ausräumen können und dem Gegner keinen Spielraum für seine Spekulationen gelassen. Leider ist das auch nicht in Prag geschehen.

Genossen!

Unsere Soldaten, die ihrer Partei und ihrem Staat treu ergeben sind, die uns fest vertrauen, stellen uns Fragen und diese Fragen müssen wir beantworten. Dazu wäre es nicht gekommen, wenn wir uns abgestimmt hätten.

Genosse Ustinow:

Und warum haben Sie danach den ungarischen Beitrag aus "Nepszava" veröffentlicht?

Genosse Honecker:

Weil er objektiv und konstruktiv gewesen ist.

Genosse Gorbatschow

An diesem Stadium unseres Treffens angekommen, möchte ich eindeutig sagen, daß unsere gemeinsame Meinung davon ausgeht, daß es nicht um eine Krisensituation in unseren Beziehungen geht. Davon hat auch Genosse Konstantin Ustinowitsch gesprochen. Er sagte, es gibt Fragen, in die man Klarheit hineinbringen muß. Auch Sie, Genosse Honecker, haben vorher im Auto und in Ihren Ausführungen davon gesprochen, daß es Zeit ist, die Uhren zu vergleichen. Unser Treffen sollte zu einer Verständigung führen und Vertrauen bringen. Es sollte vor allem deshalb zur Verständigung beitragen, damit keine Risse in unseren Beziehungen entstehen, denn solche sucht der Gegner. Selbst der italienische Botschafter in Washington hat aus seinen Gesprächen im State Department die Schlußfolgerung abgeleitet, daß in Osteuropa im Zusammenhang mit dem Besuch des Genossen Honecker in der BRD sich neue Prozesse vollziehen, die man aufmerksam beobachten muß, daß die Politik der Differenzierung Ergebnisse zeitigt.

Wir gehen davon aus, daß man dies berücksichtigt. Ich möchte noch einmal sagen, es geht nicht um eine Krisensituation. Sie haben betont, daß die Politik der DDR darauf gerichtet ist, auch die Kohl-Regierung zu zwingen, Verträge einzuhalten, daß es darauf ankommt, realistische Kräfte zu ermuntern. Das ist alles richtig, jedoch gibt es ein Moment. Dieses besteht darin, daß diese Position der DDR die Lage in der Welt und in der BRD berücksichtigen muß. Anders geht es nicht. Das ist die Position unserer Führung, wie sie im

Gespräch am 14. Juni und auch heute zum Ausdruck gebracht wurde. Jetzt ist die internationale Situation äußerst verschärft aufgrund der Politik der Reagan-Administration und der BRD als Hauptverbündeten der USA. Nehmen wir nur den letzten "Scherz" Reagans. Wie man bei uns sagt, was man im nüchternen Zustand im Kopf hat, hat der Besoffene auf der Zunge. Das zeigt sich doch bei diesem "Scherz" Reagans sehr eindeutig.

Genosse Honecker

Wir kennen das. Wir haben die TASS-Erklärung in unserem "Neuen Deutschland" auf der ersten Seite veröffentlicht.

Genosse Gorbatschow

Im Programmentwurf der Republikanischen Partei steht, daß der Kurs der Konfrontation und des Drucks vorstärkt werden muß, wird die Sowjetunion als ein unnatürlicher Staat hingestellt, als die zentrale Gefahr für die USA. Daneben gibt es Erklärungen der BRD, zum Beispiel vom 13. 8. in Westberlin, und dort waren Leute zusammen, die Sie bei einem Besuch in der BRD empfangen müßten.

Der Bundespräsident, Windelen, Mertens haben Erklärungen abgegeben der Art, daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands sei. Sie sprachen von der Ungelöstheit der deutschen Frage. Sie übten Kritik an Apel und seiner Erklärung, auf die Sie Ihrerseits gerade hingewiesen haben.

Böhmisch erklärte in der "Bild-Zeitung", daß es absolut keinen Zweifel darüber gebe, daß die deutsche Frage offen sei. Das ist die Politik der BRD. Dies dürfen wir nicht unberücksichtigt lassen. Als die Raketen aufgestellt wurden, die Sozialdemokraten der Stationierung zustimmten, haben wir erklärt, daß, wenn nichts geschieht, ein neues Element in der Lage entsteht und daß es nicht so weitergehen kann wie vorher. Daß das seine Auswirkung haben wird auf die Beziehungen auch zwischen beiden deutschen Staaten. Und was geschieht jetzt? Die Kontakte werden erweitert, der Besuch wird vorbereitet, es werden Kredite gewährt. Dies vereinbart sich nicht mit unseren Erklärungen.

Die Situation hat sich so geändert, daß es sich lohnt, über all dies sorgfältig nachzudenken.

Was den Artikel betrifft, so kann man jede seiner Thesen belegen.

Genosse Axen

Ich möchte die Ausführungen des Generalsekretärs, Erich Honecker, unterstreichen. SED und KPdSU bleiben immer eng zusammen. Selbstverständlich werden wir die Empfehlungen gründlich beraten. Hinsichtlich der Frage, die Genosse Tschernenko und Genosse Gorbatschow gestellt haben zur Koalition der Vernunft, so sehen wir das nicht aus dem Blickwinkel beider deutscher Staaten, sondern der Klassenauseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus an der Hauptgrenze in Europa.

Nur so ist auch die Feststellung des Genossen Honecker als der DDR als Bastion des Friedens und des Sozialismus in Europa zu verstehen.

Unsere Politik ist darauf gerichtet, den Konfrontationskurs an unserer Grenze nicht zum Zuge kommen zu lassen. Dabei steht die Frage, wie und was man dabei tut. Es geht erstens um die Festigung des Sozialismus, um die Durchführung unserer Gegenmaßnahmen. Es geht zweitens um die Entfaltung einer breiten Friedensbewegung und dabei um die Durchkreuzung aller revanchistischen Pläne. Ich möchte dabei betonen, daß zwischen der DDR und der BRD sich eine ständige soziale Konfrontation vollzieht. Zweifellos ist die BRD der Hauptverbündete der USA. Man darf jedoch nicht die tiefen sozialen und politischen Veränderungen übersehen, die sich in der BRD seit den 50er Jahren vollzogen haben. Der USA-Imperialismus kann wichtige Aufgaben seines Konfrontationskurses ohne die BRD nicht lösen. Gerade deshalb gilt es, alles zu tun, um der BRD zu erschweren, ihre Rolle als Hauptverbündeter der USA zu erfüllen. Wir wollen es ihnen schwer machen, der USA treue Gefolgschaft zu leisten.

Und noch eins möchte ich unterstreichen: Es gibt nicht nur die Einwirkung der BRD auf die DDR, sondern auch die DDR wirkt auf die BRD ein, und ich bin der Meinung, daß wir heute auf die BRD stärker wirken als sie auf uns.

Alles was zur Einheit zwischen unseren Staaten gesagt wurde, ist klar. Es gibt keine Krise in unseren Beziehungen.

Ich halte es jedoch nicht den Normen entsprechend, wenn ein Bruderorgan eine Poststellung eines Generalsekretärs einer Bruderpartei und einer ZK-Tagung, wie z. B. unseres 7. Plenums über die Schadensbegrenzung, öffentlich angreift.

Genosse Honacker

Liebe Genossen! Im Namen unseres ganzen Politbüros und unseres Zentralkomitees bitte ich, keine Vergleiche zwischen Polen und uns anzustellen. Alle wie wir hier sitzen, haben dafür gekämpft, daß die Konterrevolution in Polen nicht durchkommt. Wir wissen Bescheid über Polen. Mehr als eine Milliarde Valuta an materieller und finanzieller Unterstützung hat allein die DDR für Polen gegeben. Ich möchte auch an die Kinderaktionen erinnern, die von großer politischer Wirksamkeit waren und noch sind. Und schließlich sollten wir auch nicht den materiellen Schaden vergessen, der uns aus der Lage in Polen entstanden ist. Das sind nicht weniger als 4 Milliarden Mark. Als die konterrevolutionäre Entwicklung 1980 ausbrach, kam es uns darauf an, alles zu tun, daß die DDR fest steht, und das ist uns gelungen. Wir haben es nicht mit einem Sender "Freies Europa", sondern mit 35 Sendern zu tun, die stündlich auf unsere Bevölkerung einhämmern. Wir gehen davon aus, die DDR ist stabil. Das zeigt sich auch bei unseren Treffen mit den Werktätigen und allen Schichten der Bevölkerung. Wir werden nicht nachlassen, alles zu tun, um den ersten Arbeiter-und-Bauernstaat, die sozialistische DDR, weiter zu festigen und keinerlei Risse in unserem Freundschaftsbund zuzulassen.

Im Hinblick auf den 35. Jahrestag der DDR gewinnt das besondere Bedeutung.

Genosse Ustinow

Unser Treffen ist eine gute Sache für den Meinungsaustausch, und wir führen ihn auf der Grundlage von Faktenmaterial. Ich möchte eine Sache hier offen - und damit nichtsunausgesprochen bleibt - sagen - es fehlt Ihnen etwas an Hürte in den Beziehungen mit der BRD.

Konstantin Ustinowitsch sagte, daß die BRD militärisch der Hauptvollstrecker der USA-Politik in Europa ist. Die USA haben den Kreuzzug ausgerufen, und Bonn hat sich sofort dieser Politik angeschlossen. Es erklärte die deutsche Frage für offen, die Forderung der Grenzen von 1937. All das kennen Sie, und ich bin der Meinung, daß man unter Freunden über diese Dinge offen sprechen muß. Bonn ist der Hauptinitiator der Stationierung der US-Raketen in Europa. Ja, es ist faktisch die rechte Hand der USA.

Wir haben eine große Partei, ein großes Volk. Sie überlegen auch, wohin geht das jetzt. Was sollte man in den "Prawda"-Artikeln gesehen haben. Man sollte sehen, daß sie uns und Ihnen helfen. Natürlich kennen wir die Erklärung von Kohl, daß nie von deutschem Boden eine Gefahr für den Frieden ausgehen dürfe. Aber wir wissen doch nur zu gut, daß diese Erklärung nur Heuchelei, nur ideologische Tarnung ist.

Wir sind doch Realisten und wollen kameradschaftlich über die anstehenden Fragen diskutieren.

Ich möchte noch einmal betonen, daß die BRD der Hauptvollstrecker der USA-Politik in Europa ist.

Die Bundeswehr ist aus einer Armee, dienach dem Grundgesetz der BRD zu Verteidigungszwecken formiert wurde, zur Hauptstoßkraft der NATO geworden.

Genosse Honecker:

Genosse Ustinow, wir wissen über das, was Sie sagen, wohl sehr gut Bescheid. Ich habe erst kürzlich zwei Genossinnen ausgezeichnet, die im NATO-Stab gearbeitet haben. Wir wissen sehr wohl, wie die Sache läuft.

Was die BRD und die Rolle der NATO in der USA-Politik betrifft, so habe ich das auch Genossen Ceausescu gesagt, der das nicht wahrhaben wollte. Sie können sich weitere Bemerkungen dazu ersparen.

Genosse Ustinow:

Es wäre gut, wenn Sie, Genosse Honecker, während Ihres Besuches in Rumänien daran erinnern würden.

Es gibt weitere Fakten. Die Bundeswehr stellt 50 Prozent der Landstreikräfte der NATO und 30 Prozent der Luftstreitkräfte. Ich erwähne dies hier nur, um deutlich zu machen, worum es uns geht. Sie sollten uns das nicht übel nehmen.

Genosse Honecker:

Ich kenne dies alles, Genosse Ustinow, und habe mich täglich damit zu befassen.

Eben deshalb habe ich gestern Genossen Heinz Hoffmann die Eckziffern der NVA für den Entwurf des Fünfjahresplanes 1986-90 bestätigt, die die Grundlage für die Beratung mit der SPK bilden.

Genosse Ustinow:

Ich weiß, daß Euch das bekannt ist, Genosse Honecker. Worum es uns geht, das ist die BRD, die NATO-Linie zu entlarven. Deshalb ist es wichtig, mit den Fakten zu arbeiten, auch mit solchen z. B., daß es Heimatvertriebenenverbände mit 2,5 Mio Mitgliedern, Soldatenverbände mit 4 Mio Mitgliedern, 80 nazistische Organisationen, Verbände von Reservisten etc. gibt.

Genosse Honecker:

Nun, das ist alles klar, Genosse Ustinow, und zu diesen Fragen brauchen wir uns hier nicht gegenseitig zu überzeugen. Ich denke, daß es richtig ist, davon auszugehen, daß es keine Artikel dieser Art geben sollte, ohne vorherige Abstimmung zwischen uns. Es ist doch ohne weiteres möglich, daß der Chefredakteur der "Prawda" über Wtsch in Berlin den Chefredakteur des "Neuen Deutschland" anruft, zwischen beiden gibt es ja eine gute Verbindung, und sagt, hör mal, Günter, wir haben vor, das und das zu tun, wir müßten darüber sprechen und uns abstimmen und man könnte gemeinsam überlegen, welche Formulierungen die günstigsten sind.

Was die zwischen uns behandelten Fragen betrifft, so denke ich, daß wir zu Schlußfolgerungen kommen können, daß es Sache der SED ist, über die Frage des Besuches in der BRD zu entscheiden.

Ich erinnere mich noch sehr gut an die Zeit des Vertragsabschlusses über Berlin (West). Wir trafen uns damals in Warschau. Man fragte mich, ob die Unterschriftsleistung bereits erfolgt ist. Ich mußte das verneinen. Daraufhin sagtet Ihr, das macht nichts, sie wird schon noch möglich werden. Ohne meine Zustimmung erfolgte dann in Berlin die Vereinbarung, daß jeder Westberliner das Recht hat, 30 mal im Jahr die DDR zu besuchen. Der Mindestumtauschsatz wurde auf 6,50 DM festgelegt. Jetzt bezahlen die Rentner 15,- DM und 10,- DM Visagebühren, d. h. alle Einreisenden im Alter bis zu 14 Jahre und ab 65 Jahre zahlen 25,- DM.

Genosse Ustinow:

Wir möchten darauf aufmerksam machen, daß mit den größeren Möglichkeiten des Zutritts von Bürgern der BRD zur DDR die Gefahr der Spionage steigt. Wir fragen auch, ob, wenn man das Tor weiter aufmacht, keine Auswirkungen auf die Soldaten entstehen.

Genosse Honecker:

Erstens haben wir das Tor nicht weiter aufgemacht, zweitens, zwischen Kredit und den Reiseerleichterungen gibt es kein Junktim.

Natürlich müssen wir in dieser Frage ideologisch weiterarbeiten. Es gibt nur wenig Bürger der DDR, die keine Verwandten in der BRD haben. Das muß man sehen, und was die Kinder aus der BRD betrifft, die zu uns kommen, so werden die uns nicht umschubsen können, und die Rentner, die von uns nach drüben fahren, kommen alle wieder zurück.

Genosse Russakow

Ich möchte noch etwas zu den Artikeln bemerken.

Genosse Tschernenko

Vielleicht haben wir genug über die Artikel gesprochen und können diese Frage abschließen.

Genosse Russakow

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß dieser Artikel nicht an mir vorbeigegangen ist, d. h. ich möchte damit sagen, ich stelle mich dieser Frage offen. Bevor ich zustimmte, daß dieser Artikel veröffentlicht wird, habe ich mich an die Rede des Genossen Hager in Prag und an seine Ausführungen über den Revanchismus erinnert und habe den Auftrag erteilt, mir eine Zusammenstellung vorzulegen, was im "Neuen Deutschland" zur Auseinandersetzung mit dem Revanchismus veröffentlicht wurde. Die Prüfung ergab, daß seit April bis 10. August dieses Jahres im "Neuen Deutschland" insgesamt 11 Aussagen aus Reden des Genossen Honocker und anderen führenden Genossen sowie 9 Materialien aus der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern zu dieser Frage veröffentlicht wurden. Jedoch gab es keinen einzigen Artikel von der SED. Das ist das, was mir vorgelegt wurde. Wenn das nicht stimmen sollte, bitte ich um Korrektur.

Genosse Honecker

Leider sind Sie, Genosse Russakow, falsch informiert.
Ich werde das beweisen können.

Genosse Russakow

Uns geht es darum, daß Worte auf den Sekretärstreifen nicht Worte bleiben dürfen, und im übrigen möchte ich darauf verweisen, daß der 2. Artikel mit einem Zitat des Genossen Honecker begann, in dem er feststellte, daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebenso wenig vereinbaren lassen wie Feuer und Wasser.

Genosse Hielke

Genosse Konstantin Ustinowitsch, ich möchte vor allen Dingen sagen: Man muß Vertrauen zur DDR, zu uns haben. Wir können als Organe der Staatssicherheit unsere Aufgaben nicht erfüllen, wenn wir keine klare Politik haben, diese Klarheit vermittelt unser Generalsekretär und das Politbüro unserer Partei, und das ist die Grundlage unserer Arbeit.

Und ich möchte das nicht nur erklären für die Organe der Staatssicherheit, das gilt gleichermaßen für die Organe der Nationalen Volksarmee, die Organe des Innenministeriums und unsere Kampfgruppen.

Nebenbei bemerkt, Genosse Gorbatschow, die Informationen haben wir natürlich auch, und vielleicht hast Du Deine von uns bekommen.

Ich möchte auch darauf verweisen, daß für die Arbeit, die unsererseits zu wichtigen Fragen geleistet wurde, ich auch von der KPdSU Orden verliehen bekommen habe. Und hier über Dinge zu sprechen, auf die wir zum Teil vor 20 und mehr Jahren hingewiesen haben, sollte man nicht tun. Ich habe im Verlauf meiner Tätigkeit 12 polnische Minister auf meinem Gebiet erlebt. Seit 30 Jahren sagen wir ihnen schon, sie sollen die politische und ideologische Zersetzung mehr beachten. Aber das haben sie nicht getan. Wir verfügen über Erfahrungen und können eindeutig sagen, eine Untergrabung des Sozialismus in der DDR wird es nicht geben.

Genosse Tschernenko

Gestattet, Genossen, daß ich noch zu einer Frage Stellung nehme, die Genosse Hager hier aufgeworfen hat. Es ging ihm dabei um die Frage, was wollen sie und was können sie. Zur Frage 'was wollen sie' möchte ich hier nichts sagen. Das ist alles klar, und wenn ich dazu Ausführungen machen würde, würde das in ein Politgespräch ausarten. Aber zu der Frage 'was können sie' möchte ich sagen, sie können vieles, vor allem dann, wenn wir den Kampf gegen den Revanchismus nicht verstärken. Dann würden wir ihnen nämlich helfen. Man darf diese Frage nicht unterschätzen. Es gilt, in großen wie in kleinen Fragen den Revanchismus an den Pranger zu stellen. Das ist unsere Hauptaufgabe.

Das ist es, was ich noch zu dieser Frage sagen wollte.
Und nunmehr, Genossen, glaube ich, daß wir zum Abschluß
kommen.

Genosse Honecker

Genosse Konstantin Ustinowitsch, ich möchte noch einmal
danken und bedauern, daß Du Deinen Urlaub unterbrechen
mußtest. Ich möchte die Genossen bitten, daß sie Dir noch
die Möglichkeit gewähren, Deinen Urlaub noch zu beenden.
Wir haben keine Illusionen über die Absichten unserer Feinde
und werden nie zulassen, daß man uns trennt.

Genosse Tschernenko

Vieles ist durch dieses Gespräch klarer geworden. Jetzt kommt
es darauf an, daß wir das Parteiaktiv entsprechend orientieren
und im Sinne der jüngsten Dokumente unsere Arbeit durchführen.
Ich bin beauftragt, im Namen der Politbüro-Mitglieder,
sowohl der anwesenden als auch der abwesenden, zu erklären,
daß wir treue Freunde der SED waren und dies in allen Fragen
auch bleiben werden. Ich möchte Dank sagen für das offene
Gespräch und besonders dem Genossen Honecker für die große
Aufmerksamkeit, die er unseren Beziehungen geschenkt hat.
Ich wünsche Erfolg und gute Gesundheit, und was die Urlaubs-
unterbrechung betrifft, so möchte ich sagen, im Interesse
der Freundschaft ist uns nichts zu schade. Das meine ich
sowohl im gesellschaftlichen als auch im persönlichen Sinne.

Genosse Honecker

Ich danke Ihnen herzlichst, Genosse Konstantin Ustinowitsch,
für den Meinungsaustausch. Er war jedenfalls nützlich.

Wir werden die Fragen im Politbüro behandeln. Dabei
gehen wir davon aus:

1. Der Besuch in der BRD ist eine Sache, die in der
Führung der SED zu entscheiden ist.
2. Bei der Entscheidung werden wir im Politbüro Ihre
dazu gemachten Bemerkungen einbeziehen.
3. Die Beziehungen zwischen der SED und der KPdSU
werden sich weiterhin im Geiste der Freundschaft
und brüderlichen Zusammenarbeit entwickeln.

